

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

**Wahlprogramm
der FREIE WÄHLER Bundesvereinigung
zur Bundestagswahl 2017**

31 **Ehrlichkeit, Anstand und Nähe - Die solide Partei der**
32 **Bürger**

33 Die Bundestagswahl 2017 wird eine Richtungsentscheidung für die
34 Bundesrepublik Deutschland. Die Krisen der vergangenen Jahre haben
35 ein massives Vertrauensdefizit der Bevölkerung in die Parteipolitik
36 offenbart. Während man früher respekt- und erwartungsvoll zu den
37 Politikern nach Bonn blickte, misstraut man heute dem umfragehörigen
38 und konzerngetriebenen Politikbetrieb in Berlin. Auf der einen Seite
39 wird der neo-liberale Ausverkauf der Republik betrieben, auf der
40 anderen Seite immer mehr links-ideologische Verbotspolitik
41 durchgesetzt und die Leistungsfähigkeit deutscher Sicherheitsbehörden
42 geschliffen. Dieses beliebige, bizarre und maßlose Treiben in den
43 Glaspalästen der Bundeshauptstadt entzieht sich schon längst dem
44 Verständnis der deutschen Bevölkerung.

45
46 Im politischen Berlin braucht es daher eine solide Partei der Bürger,
47 die sich auf die Wurzeln der Bundesrepublik Deutschland besinnt
48 und damit das Vertrauen in der Mitte der Gesellschaft
49 zurückgewinnt.

50
51 Wir FREIE WÄHLER entstammen einer kommunalpolitischen Bewegung, deren
52 Geschichte in Deutschland bis zu den Wurzeln der Bonner Republik in
53 die neunzehnhundertfünfziger Jahre zurückgeht. Nach Jahrzehnten der
54 Arbeit in den Städten und Gemeinden, den Grundsäulen unseres Staats,
55 haben wir uns im Jahr 2009 aufgemacht eine Partei zu schaffen, die in
56 der Tradition der Werte aus den Anfängen unserer Republik Antworten
57 auf die Veränderungen unserer Zeit bietet. In unserer politischen DNA
58 haben wir diese Werte konserviert und sind damit das glaubwürdige
59 Gegenmodell zu den Parteiapparaten des heutigen Berlins.

60
61 Wir sind die Partei des bürgerlichen Anstands, der Ehrlichkeit und
62 der Nähe. Wir sind der Garant für Sicherheit, Stabilität und Ordnung.
63 Für die FREIEN WÄHLER sind Ehrlichkeit, Anstand und Aufrichtigkeit im
64 öffentlichen Leben und der Wirtschaft unverzichtbar. Ein Leben in
65 Sicherheit sowie das Streben nach Wohlstand und Glück sind

66 Grundbedürfnisse der Menschen und damit Auftrag unserer Politik.

67
68 In der politischen Praxis im Parlament folgen wir daher konsequent
69 den folgenden Werten:

70

71 • **Gemeinschaft und Respekt**

72 Eine Gesellschaft ist mehr als eine lose Ansammlung von
73 rücksichtslosen Individualisten. Unser Ziel ist eine
74 solidarische Gesellschaft, in der Respekt vor der Freiheit eines
75 jeden Einzelnen herrscht, aber auch Respekt vor den Werten der
76 Mehrheitsgesellschaft. Wir müssen Parallelgesellschaften mit
77 einem Einwanderungsgesetz vorbeugen. Menschen müssen im Alter
78 ihre Würde behalten, dazu braucht es auskömmliche Renten und ein
79 hochwertiges Pflegeangebot.

80

81 • **Anstand und Ordnung**

82 Eine Gesellschaft, eine Volkswirtschaft und ein politisches
83 System können ohne Sitte und Ordnung nicht funktionieren. Wir
84 brauchen anständige und aufrichtige Menschen in den
85 Spitzenpositionen in unserem Land. Exzessen muss entgegengewirkt
86 werden. Es braucht eine Begrenzung von unanständig hohen
87 Managergehältern, eine wirksame Finanzmarktregulierung und
88 Unvereinbarkeitsregelungen für den direkten Wechsel von
89 politischen Amtsträgern in die Wirtschaft. Außerdem muss das
90 Prinzip „Pacta sunt servanda - Verträge sind einzuhalten“ in
91 Wirtschaft und Politik wieder gelten, insbesondere auf
92 europäischer Ebene.

93

94 • **Sicherheit und Stabilität**

95 Internationaler Terrorismus, Finanzkrise, Ukraine Krise,
96 Flüchtlingskrise - die Ausnahmezustände lösen sich nur
97 noch ab, Normalität geht verloren. Die Bevölkerung sehnt
98 sich nach Sicherheit und Stabilität im Inneren und nach außen.
99 Es braucht endlich wieder bedarfsgerecht ausgerüstete
100 Einsatzkräfte und eine funktionierende Justiz. Unsere

101 Außenpolitik muss stärker auf wirtschaftliche Zusammenarbeit zur
102 Überwindung von Gräben und zur Sicherung von Frieden setzen. Die
103 Sicherheitslage auf der Welt macht es aber auch notwendig, wieder
104 eine funktionierende Verteidigungsarmee zu haben.

105 Wir wollen ein soziales Jahr für alle einführen. Dies ist durch
106 echte Wahlfreiheit zwischen Zivil- und Wehrdienst zu erreichen.

107

108 • **Ehrlichkeit und Fleiß**

109 Unsere Wirtschaft funktioniert, weil der aufrichtige Kaufmann,
110 der Handwerksmeister, der stolze Industriearbeiter und viele
111 mehr sich mit Ehrlichkeit und Fleiß einbringen und unseren
112 Wohlstand mühsam erarbeiten. Wir wollen die Anerkennung für
113 solide Wertschöpfung in der Gesellschaft steigern und die nötige
114 Verkehrsinfrastruktur für eine erfolgreiche Volkswirtschaft
115 stärken. Wir stehen zum Lohnabstandsgebot, guten Löhnen und der
116 Tarifautonomie. Wer arbeitet, darf in Deutschland nicht der Dumme
117 sein.

118

119 • **Familie und Ehe**

120 Die Familie ist der Ort der Sicherheit und Geborgenheit und gibt
121 im Alltag einen festen Halt. Wir wollen jungen Menschen
122 ermöglichen, sich auch in der heutigen Zeit bewusst für Familie
123 und Ehe zu entscheiden. Deswegen stehen wir für eine weitestgehend
124 kostenfreie Kinderbetreuung und der Privilegierung von Ehe und
125 Familie. Wir lehnen eine übermäßige staatliche Einflussnahme auf
126 Erziehungsentscheidungen der Eltern und Sorgeberechtigten ab.

127

128 • **Demokratie und Bürgertum**

129 Wir wollen die Kluft zwischen Zuschauerdemokratie und dem Streben
130 nach unmittelbarer politischer Beteiligung schließen. Daher
131 fordern wir die Direktwahl des Bundespräsidenten und
132 Volksentscheide auf Bundesebene. Diese direktdemokratischen
133 Elemente beleben unsere repräsentative Demokratie, ohne sie dabei
134 zu ersetzen. Volksentscheide halten Parlamentarier dazu an,
135 bereits in ihrer Gesetzgebung ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung

136 zu gewährleisten. Wir verfolgen das Ideal des aufgeklärten,
137 mündigen und humanistischen Bürgers und haben daher vor seiner
138 direktdemokratischen Entscheidung keine Angst.

139

140 • **Region und Heimat**

141 Lokal verwurzelte Menschen sind glückliche Menschen. Wir stehen
142 daher für starke Regionen, ehrenamtliches Engagement und eine
143 intakte Heimat. Deswegen treten wir für die Förderung der lokalen
144 Wirtschaft, solide Kommunalfinanzen und eine flächendeckende
145 bäuerliche Landwirtschaft ein. Wir lehnen die Privatisierung der
146 öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, Krankenhäuser, Entsorgung,
147 ÖPNV u.v.m.) konsequent ab. Stabile Gemeinden, Städte und Kreise
148 sind ein Garant für eine lebenswerte Heimat.

149

150 Vor dem Hintergrund dieser programmatischen Schwerpunktsetzungen
151 wurde am 18. März 2017 auf dem Hambacher Schloss verabschiedet.

152	GEMEINSCHAFT & RESPEKT	7
153	I. Asyl ist Bleiberecht auf Zeit	7
154	II. Das Rentensystem zukunftsfähig machen	9
155	III. Der Mensch im Mittelpunkt, in einem sicheren und	
156	zukunftsfähigen Gesundheits- und Pflegesystem	11
157	IV. Politik für eine solidarische Bürgergesellschaft	16
158	V. Freiheitliche Gesellschaft ohne Vollverschleierung	18
159	ANSTAND & ORDNUNG	21
160	I. Zurück zu einer soliden Finanzpolitik	21
161	II. Steuern senken, Schlupflöcher schließen	23
162	III. Ethisches Handeln in Politik und Wirtschaft	25
163	SICHERHEIT & STABILITÄT	29
164	I. Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherstellen	29
165	II. Grenzschutz und Verteidigung sicherstellen	36
166	III. Außenpolitik mit Verantwortung	40
167	IV. Entwicklungspolitik für eine friedlichere und sichere Welt	45
168	V. Verbrauchersicherheit auf höchstem Niveau	47
169	EHRlichkeit & FLEIß	50
170	I. Arbeit muss sich wieder lohnen	50
171	II. Unternehmertum und Verantwortung	53
172	III. Unsere Landwirtschaft fördern	60
173	IV. Spitzenniveau am Bildungsstandort Deutschland	67
174	V. Infrastruktur neu denken	71
175	FAMILIE & EHE	76
176	I. Familien fördern, Ehe schützen	76
177	II. Kinder und Jugendliche unterstützen	78
178	DEMOKRATIE & BÜRGERTUM	80
179	I. Mehr Demokratie	80
180	II. Europa reformieren	83
181	REGION & HEIMAT	88
182	I. Starke, selbstbestimmte Regionen und Kommunen	88
183	II. Schöpfung bewahren - Klima- und Umweltschutz	93
184	III. Kultur und Medienvielfalt fördern	96

185 **Gemeinschaft & Respekt**

186 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2021**

187

- 188 - **Unser Rentensystem zukunftsfest machen**
- 189 - **Unser Gesundheitssystem zukunftsfähig machen**
- 190 - **Klare Regeln für Einwanderung**

191

192 Unsere Gesellschaft steht vor der großen Herausforderung des
193 demographischen Wandels. Der bisherigen Politik der
194 Bundestagsparteien ist es bis heute nicht gelungen, darauf die
195 notwendigen Antworten zu geben. Ambitionierte Reformen unserer
196 sozialen Sicherungssysteme wurden nicht angegangen oder vertagt.
197 Wir aber stellen uns dieser Aufgabe.

198 Unser Rentensystem bedarf dringend einer Reform. Aber auch unser
199 Gesundheitssystem muss zukunftsfähig gemacht werden. Dabei muss
200 Sorge dafür getragen werden, dass die ländlichen Gebiete eine
201 Zukunftsperspektive erhalten, damit auch in der breiten Fläche
202 eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau gewährleistet werden
203 kann.

204 Wir wollen eine solidarische Bürgergesellschaft, an der alle
205 Bürger teilhaben und sich für das Gemeinwesen einbringen können.
206 Damit Zuwanderung in diesem Zusammenhang keine Belastung, sondern
207 eine Bereicherung für unsere Gesellschaft wird, brauchen wir aber
208 klare Regeln.

209 **I. Asyl ist Bleiberecht auf Zeit**

210 *Durch Verfolgung und wirtschaftliche Not in vielen Teilen der Welt*
211 *verlassen Millionen Menschen ihre Heimat. Die Länder Europas und*
212 *insbesondere Deutschland üben eine hohe Anziehungskraft als Ziel*
213 *gewaltiger Wanderungsbewegungen aus Afrika und dem Nahen Osten*
214 *aus. Bei aller Hilfsbereitschaft können wir diese Krise nicht*

215 *durch dauerhafte Zuwanderung unter Berufung auf das Asylrecht*
216 *bewältigen. Asyl ist ein Bleiberecht auf Zeit und muss es bleiben.*
217 *Die Flüchtlingspolitik der Großen Koalition ist ein großer Fehler.*
218 *Mit der unkontrollierten Zuwanderung hat die Bundesregierung*
219 *hunderttausende Flüchtlinge in das Land gelassen, ohne den damit*
220 *verbundenen Aufgaben Herr zu werden. Wir brauchen klare Regeln*
221 *für Einwanderung und eine europäische Lösung für die*
222 *Flüchtlingsproblematik. Dabei müssen wir dafür Sorge tragen, dass*
223 *eine unkontrollierte Einwanderung verhindert wird.*

224 **Humanitäre Flüchtlingspolitik**

225 Wir stehen zu unserem Asylrecht und wollen unserer humanitären
226 Verantwortung in Deutschland gerecht werden. Verfolgte und
227 Bürgerkriegsflüchtlinge genießen Schutz, bis die Lage in ihren
228 Heimatländern eine Rückkehr zulässt. Sie sind Gäste auf Zeit.

229 **Rückführungsabkommen flächendeckend abschließen**

230 Neben einem schnellen Abschluss der Asylverfahren ist ebenso die
231 rasche Rückführung abgelehnter Asylbewerber erforderlich. Deshalb
232 muss auch die Aufnahmebereitschaft sicherer Herkunftsländer
233 gewährleistet werden. Rückführungsabkommen mit weiteren Ländern
234 Afrikas und Asiens wollen wir auf der Europaebene auf den Weg
235 bringen, um die Rückkehr in sichere Landstriche schnell
236 voranzubringen.

237 **Einrichtung von UN-Schutzzonen in Krisengebieten**

238 Wir wollen uns auf internationaler Ebene für die von Experten
239 geforderte Einrichtung von UN-Schutzzonen stark machen. Unter
240 Führung der Vereinten Nationen muss die internationale
241 Staatengemeinschaft in Krisengebieten künftig rasch geeignete
242 Landstriche sichern, um den fliehenden Menschen vor Ort Sicherheit
243 und eine Grundversorgung zu geben. Damit bleibt ihnen die
244 lebensgefährliche Weiterflucht in Richtung Europa erspart.

245 **Volle Kostenübernahme der Integrationspolitik durch den Bund**

246 Wir wollen, dass die Bundesebene vollumfänglich für die Kosten der
247 Integration der Flüchtlinge aufkommt. Zahlreiche Kommunen in
248 Deutschland sind ohnehin in finanzieller Not und dürfen nicht für
249 das Chaos und Versagen auf der Bundesebene zur Kasse gebeten
250 werden. Sie müssen ihre Aufgaben für ihre Bürger weiterhin
251 wahrnehmen können. Wir setzen uns in der nächsten Wahlperiode dafür
252 ein, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird.

253 **Integration durch Fordern und Fördern**

254 Diejenigen Zugewanderten, die bei uns bleiben werden, müssen wir
255 so gut wie möglich in unsere offene Gesellschaft eingliedern. Doch
256 Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt, müssen wir
257 die Zuwanderer fördern, aber auch ihre Bereitwilligkeit
258 einfordern. Der Erwerb der Sprache, die Bereitschaft sich für
259 unseren Arbeitsmarkt nachzuqualifizieren, aber auch unsere
260 liberale Gesellschaftsordnung anzuerkennen, gehören unweigerlich
261 dazu.

262 **II. Das Rentensystem zukunftsfähig machen**

263 *Viele Bürger sorgen sich um ihre Zukunft im Alter. Das Gefühl*
264 *sozialer Sicherheit schwindet, die Furcht vor sozialem Abstieg*
265 *steigt. Wir wollen, dass das Vertrauen in das deutsche*
266 *Rentensystem wieder wächst. Deshalb fordern wir eine umfassende*
267 *Reform, um es für die heutigen und künftigen Generationen*
268 *zukunftsfähig zu machen.*

269 **Drei-Säulen-Modell aus einem Guss**

270 Wir wollen gesetzliche, betriebliche und freiwillige private
271 Vorsorge so aufstellen, dass wieder ein möglichst hoher
272 Rentenanspruch sichergestellt wird und ein weiteres Absinken des
273 Rentenniveaus der Vergangenheit angehört.

274 **Garantie der betrieblichen und privaten Vorsorge**

275 Wir wollen sicherstellen, dass freiwillige betriebliche oder
276 private Vorsorge vom Staat honoriert wird. Das bedeutet, dass die
277 Auszahlungen aus diesen Versicherungen nicht etwa zu einer Senkung
278 der Grundsicherung im Alter führen, sondern von den Begünstigten
279 zusätzlich zu staatlichen Transferleistungen bezogen werden
280 dürfen.

281 **Erweiterung des Rentensystems durch eine Automatisierungs-Abgabe**

282 Die zunehmenden technischen Automatisierungsprozesse der
283 Industrie werden zur Herausforderung für den Faktor Arbeit.
284 Maschinen werden in Zukunft noch viel stärker als bisher zum
285 Einsatz kommen und Arbeiter ablösen. Wir wollen deshalb für
286 Kapitalgesellschaften eine Abgabe für Automatisierungsprozesse
287 einführen, die den momentan einzahlenden Rentenversicherten später
288 zu Gute kommen soll.

289 **Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus**

290 Wir wollen sicherstellen, dass es zu keiner weiteren Absenkung
291 des Rentenniveaus kommt. Da eine Erhöhung der Rentenbeiträge über
292 20 Prozent die Kosten des Faktors „Arbeit“ in Deutschland weiter
293 steigen ließe, wollen wir Finanzierungslücken des Rentensystems
294 steuerfinanziert schließen.

295 **Volle Anrechnung der Elternzeit auf die Rente**

296 Nachwuchs sorgt für die Nachhaltigkeit unseres Rentensystems.
297 Deswegen müssen wir Eltern bei der Rente die
298 Kindererziehungszeiten mit dem letzten Bruttogehalt voll
299 anrechnen.

300 **Rentengerechtigkeit für ehemalige Zivis und Wehrdienstleistende**

301 Alle Bürger unseres Landes, die ihre Wehrpflicht oder ihren
302 Zivildienst abgeleistet und während dieser Zeit in die Rentenkasse
303 einbezahlt haben, sollen keine Benachteiligung erleiden. Deshalb

304 wollen wir erreichen, dass diese Personengruppe trotz ihres
305 späteren beruflichen Werdegangs in Form von Selbständigkeit oder
306 Verbeamtung einen vollen Anspruch auf Rentenzahlungen aus ihrer
307 Dienstzeit für den Staat erhalten.

308 **Ende der Diskriminierung bei der Mütterrente**

309 Frauen haben ein besonders hohes Armutsrisiko im Alter. Grund
310 hierfür ist vor allem eine von Kindererziehungszeiten oder der
311 Pflege naher Angehöriger unterbrochene Erwerbstätigkeit. Arbeit
312 für die Familie muss daher stärker als bisher in der
313 Rentenberechnung berücksichtigt werden. Die Mehrkosten müssen
314 dabei durch Steuermittel und nicht durch erneute Belastung der
315 Rentenkassen aufgebracht werden. Die Unterscheidung in der
316 Anrechnung für Kinder, die vor und nach 1992 geboren wurden, ist
317 nicht vereinbar mit dem Gleichheitsgebot. Wir wollen dies
318 entsprechend ändern.

319 **Kinderarmut beenden**

320 Unsere Kinder sind auf uns und unsere Hilfe angewiesen. Sie können
321 ihre Lebenssituation selbst nicht ändern. Wir wollen, dass sich
322 Kinderarmut in Deutschland nicht weiter verfestigt, sondern
323 wirksam bekämpft wird. Die Grundsicherung muss deshalb so gestaltet
324 werden, dass den Bedürfnissen der Kinder im Aufwachsen vollständig
325 Rechnung getragen wird und ihnen auch volle Teilhabemöglichkeiten
326 in der Gesellschaft und gleiche Bildungschancen gegeben werden
327 können.

328 **III. Der Mensch im Mittelpunkt, in einem sicheren und** 329 **zukunftsfähigen Gesundheits- und Pflegesystem**

330 *Die beiden Zukunftsherausforderungen „Gesundheit“ und „Pflege“*
331 *brauchen ambitionierte Antworten. Beide Bereiche leisten nicht*
332 *das, was sich die Bürger von ihnen wünschen. Vielmehr erleben wir*

333 *einen zunehmenden Rückbau der Qualität und Quantität dieser*
334 *Leistungen. Nicht nur der ländliche Raum droht der große Verlierer*
335 *dieser Entwicklung zu werden. Wir müssen dies durch umfassende*
336 *Reformen verändern. Das deutsche und europäische Vorsorgeprinzip*
337 *muss eingehalten werden.*

338 **Wohnortnahe medizinische Versorgung**

339 Wir kämpfen weiterhin für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung
340 in Deutschland. Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden,
341 um den Ungleichgewichten zwischen Stadt und Land Einhalt zu
342 bieten. Nicht nur für ältere Menschen und Familien ist dies
343 unerlässlich.

344 **Freie Berufe bei der Gesundheitsversorgung stärken**

345 Versorgungslücken werden wir nur in Zusammenarbeit mit
346 freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten,
347 Hebammen, Apothekern und Therapeuten verhindern. Diesem
348 Berufsstand kommt eine Schlüsselfunktion unserer
349 Gesundheitsversorgung zu. Insbesondere müssen wir die
350 inhabergeführte Präsenzapotheke erhalten, um den Apotheker als
351 Ansprechpartner und Berater der Patienten vor Ort zu erhalten.

352 **Neue Versorgungsmodelle weiter ausbauen**

353 Oft liegt die nächste Facharztpraxis viele Kilometer entfernt,
354 Hausarztpraxen schließen oder wandern in die Großstädte ab. Die
355 Lösung sind hausarztzentrierte, innovative Versorgungskonzepte
356 (MVZ, ärztliche Leitung), der weitere Ausbau der Telemedizin
357 sowie interdisziplinäre Netzwerke, die wir voranbringen wollen.
358 Wir befürworten die weitere Digitalisierung in der Medizin.
359 Transparenz und Datenschutz müssen gewährleistet werden.

360 **Erhalt und Ausbau kommunaler Krankenhäuser**

361 Wir müssen eine solide und verlässliche Finanzierung unserer
362 Krankenhäuser sichern und die Vielfalt öffentlich-rechtlicher,

363 privater und gemeinnütziger Träger bewahren. Unsere Ziele sind,
364 Krankenhäuser in erreichbarer und wohnortnaher Entfernung sowie
365 das Wohl des Patienten statt einseitiger Gewinnmaximierung. Wir
366 wollen keine Gesundheitsfabriken. Eine stationäre
367 Krankenhausversorgung und Notfallversorgung aller Bürger in allen
368 Teilen unseres Landes muss gewährleistet bleiben.

369 **Wohnortnahe Geburtshilfe**

370 Geburtshilfe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Doch immer
371 mehr geburtshilfliche Abteilungen schließen. Die flächendeckende
372 Versorgung ist damit in Frage gestellt. Wir fordern deshalb eine
373 finanzielle Unterstützung von Krankenhäusern zum Erhalt kleinerer
374 Geburtshilfeabteilungen und die Förderung von Hebammen geleiteten
375 geburtshilflichen Abteilungen wie Hebammenkreissäle und
376 Geburtshäuser. Wir engagieren uns für die Möglichkeit der Geburt
377 im häuslichen Umfeld.

378 **Hebammen-Beruf fördern**

379 Immer weniger Hebammen - das erste Gesicht in unserem Leben -
380 lassen sich in eigener Praxis nieder. Grund dafür sind die
381 schlechten finanziellen Perspektiven und die hohen Haftungsrisiken
382 dieses Berufs: Kaum mehr tragbare Versicherungsprämien sind
383 mittlerweile die Folge. Wir werden deshalb gerade im ländlichen
384 Raum die Praxisgründung mit neuen finanziellen Anreizen stärken
385 und einen Haftungsfreistellungsfonds einführen, um die hohen
386 Versicherungsprämien abzufedern.

387 **Gesundheitsfonds abschaffen**

388 Wir wollen, dass die gesetzlichen Krankenkassen wieder ihre
389 Beitragsautonomie erhalten. Dies erhöht den Wettbewerb unter den
390 Kassen und der Versicherte profitiert von besseren Angeboten und
391 niedrigeren Beitragssätzen.

392

393 **Gemeinsame Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung**

394 Seit 2016 müssen Krankenversicherte mehr Geld für ihre
395 Krankenversicherung durch Zusatzbeiträge ausgeben. Wir wollen
396 zurück zum Prinzip der anteilsgleichen Finanzierung der
397 Krankenversicherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
398 Zusätzliche Kosten im Gesundheitssystem müssen wieder von beiden
399 Seiten zur Hälfte übernommen werden.

400 **Erhalt der freiwilligen Organspenden**

401 Wir wollen nicht, dass die Menschen im Todesfall automatisch
402 Organspender werden, wenn sie vorher nicht ausdrücklich
403 widersprochen haben. Nach einer Aufklärung muss dem mündigen,
404 selbstbestimmten Patienten selbst die Entscheidung überlassen
405 werden, freiwillig Organe zu spenden.

406 **Gesundheitsvorsorge stärken**

407 Gesundheitsleistungen müssen auch in Zukunft bezahlbar bleiben.
408 Wir werden deshalb die Prävention stärken. Denn diese schützt vor
409 langwierigen und teuren Behandlungen. Hierfür sind
410 Aufklärungskampagnen, betriebliche Gesundheitsvorsorge,
411 Bonusmodelle zur Stärkung der Eigenverantwortung,
412 Suchtbekämpfung, Drogentherapie, die Förderung von Kur- und
413 Heilbädern sowie auch eine Gesundheitsbildung und -vorsorge in
414 Kindergärten und Schulen ein wichtiger Beitrag, den wir fördern
415 werden. Gesunde Ernährung und Bewegung müssen wieder zentrale
416 Bestandteile der Prävention werden.

417 **Arzneimittelversorgung**

418 Eine Versorgung der Bürger mit notwendigen Arzneimitteln müssen
419 wir gewährleisten. Patientenwohl geht vor, auch hier ist das
420 Vorsorgeprinzip Grundlage, sowohl in Bezug auf den
421 Gesundheitsnutzen, als auch auf die Umwelt bei der Herstellung
422 und Verwendung.

423 **Konsum von Zucker und Transfetten eindämmen**

424 Ungesunde Ernährung kann gewaltige Auswirkungen auf die Gesundheit
425 und damit die Finanzierung unseres Gesundheitssystems haben. Zu
426 viel Zucker und sogenannte Transfette nehmen wir über unsere
427 Nahrung auf. Wir sind keine Verbotspartei und setzen auf
428 Aufklärung. Deshalb fordern wir detaillierte und lesbare
429 Kennzeichnungen und Deklarierungen von Nahrungsmitteln. In
430 freiwilligen Selbstverpflichtungen der Nahrungsmittelindustrie
431 sehen wir ebenso die Möglichkeit, Zucker- und Transfettanteile zu
432 reduzieren.

433 **Selbstbestimmtes Leben - auch im hohen Alter**

434 Eigenständiges und selbstbestimmtes Leben muss bis ins hohe Alter
435 möglich bleiben. Den Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu
436 verbringen, ist Wunsch vieler Menschen und muss von der Politik
437 respektiert werden. Den Ausbau alternativer Wohnformen, wie etwa
438 Wohngruppen für Menschen mit Demenz und generationenübergreifendes
439 Wohnen, werden wir fördern.

440 **Gerechtigkeit bei den Gesundheitskosten für Asylbewerber**

441 Wir wollen nicht, dass der Staat die Beiträge der gesetzlich
442 Versicherten für die Finanzierung der Gesundheitskosten der
443 Asylbewerber heranzieht. Momentan zahlt der Staat eine ungenügende
444 Pauschale von 90 Euro an den Gesundheitsfonds für jeden
445 Asylbewerber ohne Arbeitsplatz. Alle weiteren Kosten werden auf
446 die gesetzlich Versicherten umgelegt. Wir wollen, dass diese
447 Ungerechtigkeit zeitnah beendet wird und die Gesundheitskosten
448 voll und ausschließlich vom Staat und nicht von den allgemeinen
449 gesetzlichen Krankenkassen zu finanzieren sind.

450 **Aufwertung der Pflegeberufe**

451 Wir fordern eine Offensive für Pflegekräfte. Sie muss sofort einen
452 ausreichenden Personalschlüssel, qualifizierte Aus- und
453 Weiterbildung, eine höhere und leistungsgerechte Entlohnung der

454 Beschäftigten und bessere Arbeitsbedingungen in diesem Bereich
455 beinhalten. Es kann nicht sein, dass qualifizierte Pflegekräfte
456 deutlich schlechter bezahlt werden als Verwaltungskräfte. Auch
457 müssen wir Möglichkeiten in Richtung einer zusätzlichen
458 Weiterbildung der Pflege an Hochschulen schaffen. Es muss in der
459 Pflege außerdem mehr Zeit für den Patienten zur Verfügung stehen.

460 **Das Recht auf Sterben in Würde**

461 Wir lehnen die aktive Sterbehilfe entschieden ab, wie sie etwa in
462 den Niederlanden oder Belgien praktiziert wird. Allerdings wollen
463 wir, dass der Umgang mit dem Tod in unserer Gesellschaft nicht
464 länger ein Tabu ist. Deswegen stehen wir für eine menschenwürdige
465 Begleitung Schwerkranker und Sterbender. Wir werden die
466 Palliativmedizin durch Förderung mobiler Reha- und
467 Kinderpalliativteams und stationärer Einrichtungen stärken. Neben
468 Weiterbildungsmöglichkeiten für Pflegekräfte braucht es auch eine
469 bessere finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher Hospizhelfer.

470 **IV. Politik für eine solidarische Bürgergesellschaft**

471 *Unser Ziel ist, dass die Menschen wieder näher zusammzurücken.*
472 *Deutschland lebt vom Ehrenamt und findet seit jeher seinen*
473 *Zusammenhalt in einer gemeinsamen kulturellen Identität.*
474 *Gesellschaftlicher Zusammenhalt bedeutet aber auch, dass wir allen*
475 *Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft*
476 *einräumen, aber auch von den Bürgern die Bereitschaft erwarten,*
477 *sich zu unserem Gemeinwesen zu bekennen.*

478 **Ehrenamt stärken**

479 Wir wollen, dass bürgerschaftliches Engagement eine höhere
480 gesellschaftliche Wertschätzung erfährt. Die Freiwilligendienste
481 müssen zügig ausgebaut und gestärkt werden. Eine breitflächige
482 Etablierung von Ehrenamtslotsen als Ansprechpartner und Vermittler

483 für Bürger, die sich gerne in die Gesellschaft einbringen möchten,
484 wollen wir erreichen.

485 **Vereinswesen fördern**

486 Wir wollen das Vereinswesen in den Städten und auf dem Land
487 unterstützen. Es ist ein zentraler Baustein der Integration und
488 bietet gerade den Jugendlichen Zugang zu sinnvollen gemeinnützigen
489 und pädagogisch hochwertigen Betätigungen. Auch für die Generation
490 65+ wollen wir das ehrenamtliche Engagement stärken. Der
491 Mindestlohn darf die Arbeit der Sport-, Jugend-, und Kulturarbeit
492 nicht erschweren.

493 **Grundsicherung muss Teilhabe am Leben der Gemeinschaft ermöglichen**

494 Wir wollen, dass die Höhe der Grundsicherung wie der Mindestlohn
495 regelmäßig von einer unabhängigen Kommission angepasst wird. Sie
496 muss die Teilhabe am Leben der Gemeinschaft ermöglichen und
497 insbesondere Kindern ärmerer Familien volle
498 Entfaltungsmöglichkeiten in ihrer Entwicklung bieten.

499 **Keine Einwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme**

500 Wir machen uns stark, dass künftig nicht das Wohnsitzland, sondern
501 das Heimatland für die soziale Sicherung seiner Bürger zuständig
502 ist. Damit müssten sich Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern beim
503 Beziehen von Sozialleistungen an die Höhen der Sozialleistungen
504 im Herkunftsland anpassen. Da alle EU-Mitgliedstaaten dem
505 Sozialstaatsgebot verpflichtet sind, ist eine entsprechende
506 Absicherung gewährleistet und gleichzeitig werden falsche Anreize
507 unserer sozialen Sicherungssysteme beseitigt.

508 **Arbeitslosenversicherung durch Flüchtlinge nicht belasten**

509 Wir wollen verhindern, dass der Flüchtlingszuzug unsere
510 Arbeitslosenversicherung in eine Schieflage bringt. Angesichts der
511 hunderttausenden Flüchtlinge und ihre mögliche Anerkennung müssen
512 wir geeignete Maßnahmen ergreifen, um dem entgegenzuwirken.

513 Nachqualifizierungen und die Aufnahmebereitschaft der Wirtschaft
514 sind in weitaus größerem Maße erforderlich. Hierzu muss auch die
515 Anerkennung von Abschlüssen verbessert werden, ohne aber dabei
516 das Ausbildungsniveau zu senken.

517 **Vollständige Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

518 Wir stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und machen
519 uns für die Eingliederung der Menschen mit Behinderung in alle
520 Lebensbereiche stark. Inklusion ist eine Aufgabe, die sehr viel
521 Umdenken in zahlreichen Lebensbereichen erfordert. Wir setzen uns
522 dafür ein, dass dies von Politik und Gesellschaft gemeinsam
523 geleistet wird. Dabei muss klar sein, dass dies die Städte und
524 Gemeinden selbst nicht finanziell schultern können. Bund und
525 Länder müssen hier die große finanzielle Verantwortung tragen.

526 **Doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen**

527 Wir wollen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft abgeschafft wird.
528 Sie verursacht nicht nur Probleme im internationalen Recht, wie
529 etwa bei erbrechtlichen Streitigkeiten. Sie räumt auch den
530 Inhabern mehr politische Rechte ein als Bürgern mit nur einer
531 Staatsbürgerschaft. Wir knüpfen an die Staatsbürgerfrage ein
532 klares Bekenntnis zu unserem Gemeinwesen.

533 **Deutsche Minderheiten im Ausland stärker fördern**

534 Wir wollen die deutschen Minderheiten in Ländern wie Belgien,
535 Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Rumänien bei ihrer
536 Kulturarbeit unterstützen und ihnen als eng verbundene Partner
537 und Freunde zur Seite stehen.

538 **V. Freiheitliche Gesellschaft ohne Vollverschleierung**

539 *Wir sind stolz auf unsere freiheitliche Gesellschaft und unsere*
540 *Grundwerte als Erbe unserer aufgeklärten, christlich-jüdisch-*
541 *abendländischen Tradition. Sie sind Garant für unser Lebensglück*

542 und geben uns den Raum zur Selbstverwirklichung in Deutschland
543 und Europa. Deshalb stellen wir uns dagegen, wenn Vorstöße der
544 Gesellschaft und Politik dazu führen, dass sich unser
545 gemeinschaftliches Zusammenleben davon wegbewegt.

546 **Für ein Verbot der Vollverschleierung**

547 Wir sprechen uns gegen die Vollverschleierung der Frau aus. Wer
548 am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, muss den Mitbürgern im
549 täglichen Leben offen und unverhüllt entgegentreten. Die
550 Sichtbarkeit der Mimik ist wichtig für die Kommunikation. Als
551 bürgerlich-liberale Kraft der politischen Mitte sehen wir deshalb
552 keinen Platz für die Vollverschleierung. Sie ist Symbol der
553 Unterdrückung und widerspricht unserer freiheitlich demokratischen
554 Kultur.

555 **Klares Verbot von Kinder-Ehen**

556 Wir wollen die bestehenden Gesetze zur Ehe durchsetzen und keine
557 Ausnahmen für im Ausland geschlossene Kinderehen zulassen. Solche
558 Ehen dürfen bei uns nicht anerkannt werden. Der Schutz der Kinder
559 und Jugendlichen muss immer Vorrang haben und darf nicht durch
560 Kompromisse aufgeweicht werden.

561 **Grundgesetz statt Scharia**

562 Wir erteilen jeglichen politischen Vorstößen eine Absage, die die
563 Grundwerte unserer Verfassung aus falsch verstandener Toleranz
564 aushöhlen wollen. Religiöse Gebote wie die Scharia, die unserem
565 Grundgesetz widersprechen, dürfen weder unsere Rechtsordnung noch
566 unser gemeinschaftliches Zusammenleben beeinträchtigen.

567 **Opfer häuslicher Gewalt schützen**

568 Wir wollen die Bürger besser schützen, wenn sie Opfer von Gewalt
569 geworden sind. Frauen mit Kindern müssen häufig Schreckliches
570 durchleben, weshalb wir eine verlässliche Finanzierung von
571 Frauenhäusern sicherstellen wollen. Aber wir wollen uns auch dem

572 wachsenden Anteil von Männern annehmen, die gleichfalls Opfer
573 häuslicher Gewalt wurden.

574 **Christliche Feiertage erhalten**

575 Unsere christlich-jüdisch-abendländische Kultur ist prägend für
576 unsere aufgeklärte, offene und vielfältige Gesellschaft von heute.
577 Um unsere daraus erwachsenen Traditionen zu pflegen und den
578 Interessen der Mehrheitsgesellschaft gerecht zu werden, lehnen wir
579 jegliche Versuche entschieden ab, die unsere christlichen
580 Feiertage in Frage stellen. Sie sind Teil unseres Wertefundaments
581 und ihr Begehen gibt den Menschen wichtige Orientierung.

582 **Islamischen Religionsunterricht fördern**

583 Mit Sorge sehen wir die die Radikalisierungen vor allem in
584 arabischsprachiger Moscheen und Koranschulen in Deutschland. Dem
585 müssen wir Einhalt gebieten und den Kindern und Jugendlichen auch
586 eine Interpretation des Islams anbieten, die den Werten unserer
587 offenen Gesellschaft entspricht. Wir sprechen uns deshalb für die
588 flächendeckende Einführung des Islamunterrichts an deutschen
589 Schulen aus, wo dies geboten ist.

590 **Anstand & Ordnung**

591 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2021:**

592

- 593 - **Transparenz und solide Staatsfinanzen**
- 594 - **Finanzmärkte bändigen, Steuerflucht eindämmen**
- 595 - **Bürgerrechte wahren - kein Überwachungsstaat**

596

597 Das Vertrauen der Bürger in die Politik der alten Parteien
598 schwindet dramatisch. Der scheinbar einzige Ausweg ist für viele
599 der Protest durch Wahl links- oder rechtspopulistischer Parteien.
600 Wir als jahrzehntelange bewährte politische Kraft der Mitte sehen
601 diese Entwicklung mit Schrecken. Der populistische Virus, der nur
602 verrohte Worte, aber keine Lösungen liefert, wird unser Land zum
603 Schlechten verändern. Wir verstehen uns als sachpolitische
604 Kümmerer und glaubwürdige Vertreter der Interessen und Sorgen
605 aller Bürger. Wir sind mit unserem ideologiefreien Handeln und
606 den jahrzehntelangen Erfahrungen bürgernahe Politik in den
607 deutschen Städten und Gemeinden das Gegenmodell der alten
608 Parteiapparate Berlins. Wir wollen zurück zu einer anständigen
609 Gestaltung und zu einer verlässlichen Ordnung unseres
610 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Bürger müssen der
611 politischen Mitte wieder ihr Vertrauen schenken.

612 **I. Zurück zu einer soliden Finanzpolitik**

613 *Eine solide Haushaltspolitik ist die Basis für eine nachhaltige*
614 *Zukunftssicherung. Die Schuldenberge der Vergangenheit dürfen*
615 *nachfolgende Generationen nicht erdrücken. Der Staat muss*
616 *handlungsfähig bleiben, damit er auch in Krisenzeiten noch*
617 *reagieren kann. Die Schuldenkrise in Europa hat gezeigt, dass die*
618 *Parlamente nicht mehr ihrer Verantwortung gerecht werden, über*
619 *die Verwendung der Haushaltsmittel selbst zu entscheiden. Wir als*

620 *FREIE WÄHLER* wollen dem mit einer verantwortungsvollen
621 Haushaltspolitik für Deutschland begegnen.

622 Ein zuverlässiges Bankensystem ist von zentraler Bedeutung für
623 das Funktionieren unserer sozialen Marktwirtschaft und unseres
624 Staats. Wir setzen uns deshalb für eine Regulierung des
625 Finanzmarktes für systemrelevante Banken und eine stärkere
626 Finanzaufsicht ein, die Risiken minimiert und stabile Banken
627 garantiert.

628 **Verantwortungsvoller Umgang mit unserem Steuergeld**

629 Wir wollen wieder zurück zu einem verantwortungsvollen Umgang mit
630 dem Steuergeld der Bürger. Denn das ist eine Hauptaufgabe von
631 Politik und Verwaltung, der Deutschland überhaupt nicht mehr
632 gerecht wird: Hunderte Millionen Euro wurden für eine verfehlte
633 Rüstungspolitik, Milliarden für den Berliner Flughafen in den Sand
634 gesetzt. Auch öffentliche-private Partnerschaften beim Ausbau von
635 Autobahnen verursachen dem Steuerzahler unnötigerweise höhere
636 Kosten, wie der Bundesrechnungshof feststellt.

637 **Keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa**

638 Es darf nicht sein, dass unsere Politik bestehende Vereinbarungen
639 und Versprechen gegenüber den Bürgern einfach ignoriert. Der
640 Grundsatz „Jedes Land haftet für seine Schulden selbst“ hat
641 weiterhin Gültigkeit. Wir werden uns in den kommenden vier Jahren
642 stark machen, dass dieser Grundsatz wieder mit Leben gefüllt wird.

643 **Sparer vor Negativzinsen schützen**

644 Die verfehlte Euro-Finanzpolitik führt zur Entwertung von
645 Sparguthaben und zu Negativzinsen. Wir werden uns dafür stark
646 machen, diese Politik zu beenden, durch die Banken Verwahr- und
647 Einlagegebühren auf Sparguthaben erheben können. Als kurzfristige
648 Maßnahme wollen wir uns dafür einsetzen, dass erhobene
649 Negativzinsen als negative Einkünfte der Sparer anerkannt werden,
650 um diese mit Gewinnen aus anderen Sparanlagen zu verrechnen oder

651 als Verlust vortragen zu können.

652 **Stabile Währung für unsere Bürger garantieren**

653 Wir wollen die Stabilität unserer Gemeinschaftswährung wieder
654 herstellen und den praktizierten Ankauf von Staatsanleihen
655 kriselnder Euroländer beenden. Momentan werden die Sparer in ganz
656 Europa aufgrund der Niedrigzinsphase ihrer Erträge beraubt.
657 Rentenfonds und Vorsorgerücklagen für das Alter geraten unter
658 enormen Druck.

659 **Verhandlung eines Zusatzprotokolls für den Euro-Ausstieg**

660 Wir wollen schnellstmöglich ein Zusatzprotokoll zu den
661 europäischen Verträgen verhandeln, um einen geordneten Ausstieg
662 von Euro-Krisenländern zu ermöglichen und die Einführung von
663 Zweitwährungen zu erleichtern. Krisenländer müssen mit eigener
664 Währung abwerten können, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden.

665 **Kein Eingriff der EU in das nationale Haushaltsrecht**

666 Wir wollen nicht, dass die Empfehlungen der EU an die nationale
667 Haushaltspolitik verbindlich werden. Wir müssen weiterhin frei
668 entscheiden können, wie wir unsere finanzpolitischen Schwerpunkte
669 setzen.

670 **II. Steuern senken, Schlupflöcher schließen**

671 *Trotz sprudelnder Steuereinnahmen ist die Steuerlast in*
672 *Deutschland weiterhin hoch. Das trifft vor allem die hart*
673 *arbeitende Mittelschicht und den Mittelstand. Damit muss endlich*
674 *Schluss sein. Wir brauchen ernsthafte Steuersenkungen und keine*
675 *Fortsetzung der Ankündigungspolitik. Dabei müssen wir Sorge*
676 *tragen, dass wir Steuerflucht und Steuervermeidung wirksam*
677 *bekämpfen.*

678

679 **Solidaritätszuschlag umwidmen**

680 Wir wollen den Solidaritätszuschlag mit seinem Ablauf im Jahr 2018
681 umwidmen. Er soll einen Beitrag zur Finanzierung der gesamten
682 deutschen Infrastruktur leisten.

683 **Abschaffung der kalten Progression**

684 Die kalte Progression ist eine Steuerungerechtigkeit, die gerade
685 den Mittelstand hart trifft. Wir wollen diese Fehlkonstruktion
686 unseres Steuerrechts schnellstmöglich korrigieren, indem wir diese
687 alle regelmäßig den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen.
688 Gleiches gilt auch für die Freibeträge und Freigrenzen.

689 **Mehrwertsteuer-Irrsinn beenden**

690 Wir wollen die unsinnigen Regelungen für den vergünstigten
691 Mehrwertsteuersatz reformieren. Es ist nicht nachvollziehbar,
692 weshalb Medikamente, Kinderspeisungen, -kleidung und -spielzeug
693 mit 19 Prozent gegenüber Hundefutter mit sieben Prozent besteuert
694 werden.

695 **Steuerflucht verhindern**

696 Jährlich entgehen unserem Staat nach Schätzungen 100 Milliarden
697 Euro durch Steuerflucht ins Ausland. Deshalb werden wir diese,
698 wie sie nicht zuletzt auch die Panama-Papers offenlegten,
699 engagiert bekämpfen. Unser Gemeinwesen finanziert sich nur durch
700 unsere Steuern. Jeder, der versucht, seinen Beitrag hierzu gegen
701 geltendes Recht zu verringern, handelt anstandslos. Seine
702 Einsparungen bedeuten eine höhere Steuerlast für die redlichen
703 Bürger. Durch eine leistungsgerechte und einfachere Besteuerung
704 muss der Anreiz für Steuerflucht vermindert werden.

705 **Steueroasen in der EU austrocknen**

706 Wettbewerbsvorteile durch Steuer-Dumping sichern, ist
707 unanständig. Der Fall des amerikanischen Apple-Konzerns in Irland
708 führt uns eine Fehlentwicklung in Europa vor Augen, der wir

709 entgegensteuern müssen. Es kann nicht sein, dass EU-Partner in
710 Notsituationen Finanzhilfe von uns in Anspruch nehmen und
711 gleichzeitig von den Konzernen in ihrem Land Steuern im Promille-
712 Bereich verlangen.

713 **III. Ethisches Handeln in Politik und Wirtschaft**

714 *Wir wollen verlorengegangenes Vertrauen der Bürger in den Staat*
715 *zurückgewinnen. Auch mit Blick auf die Wirtschaft müssen wir*
716 *festhalten, dass hier viele Fehlentwicklungen der vergangenen*
717 *Jahre den sozialen Frieden zunehmend gefährden.*

718 **Managergehälter begrenzen**

719 Unsere Gesellschaft muss wieder zusammenfinden. Ethisch nicht mehr
720 vertretbare Managergehälter und Bonuszahlungen in Millionenhöhe
721 sind unverhältnismäßig und entwürdigen die Arbeitsleistung der
722 vielen Bürger, die für den Wohlstand ihres Betriebs sorgen. Wir
723 wollen das japanische Modell einführen, wonach ein Manager nicht
724 mehr als das 20-fache des Durchschnittsgehalts seiner Angestellten
725 verdienen darf.

726 **Karenzzeit von Politikern**

727 Wir wollen, dass Spitzenpolitiker ab der Staatssekretärebene nach
728 ihrem Ausscheiden erst nach einer Wartezeit von drei Jahren eine
729 Beschäftigung in Unternehmen aufnehmen und ihnen dann erst ihre
730 Kontakte und Netzwerke zur Verfügung stellen können. Es sind in
731 der Regel finanzstarke Unternehmen, die Spitzenpolitikern
732 lukrative Positionen anbieten, um exklusive Zugänge in die Politik
733 zu erhalten.

734 **Anmietung von Spitzenpolitikern verbieten**

735 Geschäftsmodelle, in deren Rahmen Parteien ihre Vertreter in
736 politischen Spitzenämtern gegen Geldzahlungen für Veranstaltungen
737 von Unternehmen anbieten, sind unredlich. Wir wollen diese

738 Einnahmequelle verbieten.

739 **Großspenden für Parteien verbieten**

740 Die Bundestagsparteien haben sich von einer Reihe von Großspendern
741 abhängig gemacht. Industrieverbände, einzelne Unternehmen oder
742 Firmeninhaber als Privatperson überweisen regelmäßig gewaltige
743 Summen. Dies wird dann zum Problem, wenn die Zahlungen für Parteien
744 unverzichtbar werden. Deswegen fordern wir eine Reglementierung,
745 die sich nach unserer eigenen freiwilligen Selbstverpflichtung
746 richtet: Maximal 20.000 Euro Spenden von juristischen Personen,
747 maximal 50.000 Euro von natürlichen Personen pro Jahr. Damit ist
748 gewährleistet, dass wenige große Geldgeber keinen finanziellen
749 Entscheidungsdruck in den Parteizentralen ausüben können.

750 **Bürokratiebremse und Bürokratieabbau**

751 Wir wollen in der nächsten Wahlperiode keine neuen
752 Verwaltungsvorschriften machen, ohne dass eine alte Vorschrift
753 gestrichen wird. Im Sinne von Bürgern und Mittelstand wollen wir
754 überflüssige Bürokratie verhindern und setzen uns für stärkere
755 Kontrollrechte des Bundestags und Bundesrats gegenüber der EU
756 sowie des Europaparlaments gegenüber der EU-Kommission ein, um
757 auch in Europa die Bürokratie einzugrenzen.

758 **Unsere Daseinsvorsorge vor Privatisierung schützen**

759 Die grundlegenden Dienstleistungen, die wir für unser Leben
760 brauchen, müssen unter der Kontrolle des Staats bleiben. Wir
761 sorgen dafür, dass etwa Trinkwasser, Bildung und die
762 Gesundheitsversorgung weiterhin in öffentlicher Hand bleiben und
763 nicht dem freien Wettbewerb und dem Profitstreben ausgesetzt
764 werden. Versuchen, diese sensiblen Bereiche über Handelsabkommen
765 oder Europarecht anzutasten, stellen wir uns weiterhin massiv
766 entgegen.

767

768 **Gläserner Staat statt gläserner Bürger**

769 Politische Entscheidungen hinter verschlossenen Türen können wir
770 in der heutigen Informationsgesellschaft nicht mehr dulden. Die
771 Bürger haben ein berechtigtes Interesse, dass Politik und
772 Verwaltung ein Höchstmaß an Transparenz ihres Handelns
773 gewährleisten. Geheimverhandlungen wie bei den Handelsabkommen
774 CETA, TTIP und TiSA lehnen wir ab. Die Ausschusssitzungen des
775 Bundestags wollen wir grundsätzlich öffentlich tagen lassen. Wir
776 stehen für ein modernes Staatsverständnis, bei dem der Staat die
777 Pflicht hat, sein Handeln offenzulegen und der Bürger einen hohen
778 Schutz seiner Privatsphäre genießt.

779 **Kampf gegen Spionage unbescholtener Bürger**

780 Wir wollen nicht, dass die Bürger unter einen Generalverdacht
781 gestellt werden. Die globale Überwachung unserer Kommunikation ist
782 unverhältnismäßig und ein Angriff auf unsere bürgerlichen Rechte.
783 Die Große Koalition täuschte dazu auch noch die Bürger in
784 unanständiger Weise mit der Behauptung, die USA hätten Deutschland
785 ein Antispionageabkommen angeboten. Wir werden uns dafür stark
786 machen, dass unsere Bürgerrechte auch international geschützt
787 werden und werden ein entsprechendes Abkommen zwischen der EU und
788 den USA einfordern.

789 **Datenschutz auf höchstem Niveau**

790 Wir wollen höchstes Niveau beim Datenschutz sicherstellen. Deshalb
791 setzen wir uns für grundlegende Nachbesserungen bei der Umsetzung
792 der neuen Datenschutzgrundverordnung ein, wo diese noch Spielräume
793 lässt. Die Große Koalition will mit dem Datenschutz-Anpassungs-
794 und Umsetzungsgesetz unser bisheriges Niveau sogar weiter
795 absenken. Wir wollen nicht, dass wir im EU-weiten Vergleich noch
796 weiter hinterherhinken.

797 **Haftung für verlinkte Seiten beenden**

798 Die Rechtsprechung, wonach auch derjenige für

799 Urheberrechtsverletzungen im Internet haften muss, der nur einen
800 Link auf eine Website mit rechtswidrigen Inhalten setzt, ist
801 verheerend. Sie schafft für Millionen von deutschen Website-
802 Betreibern eine enorme Unsicherheit und schränkt die Freiheit des
803 Internets massiv ein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
804 Rechtslage schnellstmöglich im Sinne eines freien Internets
805 angepasst wird.

806 **Leistungsstarke öffentliche Verwaltung**

807 Die Funktionsfähigkeit eines Staats hängt von der
808 Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ab. Eine
809 effiziente, unbestechliche Verwaltung bringt Standortvorteile im
810 weltweiten Wettbewerb. Voraussetzung dafür ist aber eine
811 bedarfsgerechte Ausstattung mit Sachmitteln sowie gut
812 ausgebildetem und motiviertem Personal.

813 **Grundrechte auch in internationalen Organisationen sicherstellen**

814 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch internationale
815 Organisationen, die ihren Sitz in Deutschland haben, die bei uns
816 geltenden Grundrechte und unser Arbeitnehmerschutzniveau
817 einhalten müssen. Die diesbezüglich bekannt gewordenen Missstände
818 im Umgang mit der Mitarbeiterschaft innerhalb des Europäischen
819 Patentamts wollen wir beseitigen.

820 **Waffenexporte durch Bundestagsvotum**

821 Wir halten es für unverantwortlich, dass im Bundessicherheitsrat
822 hinter verschlossenen Türen über Rüstungsdeals entschieden wird.
823 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Entscheidung über
824 Rüstungsexporte in Länder außerhalb des NATO-Bündnis-Gebiets
825 öffentlich im Bundestag getroffen wird. Wir lehnen Exporte in
826 nicht-freiheitliche oder instabile Staaten ab.

827 **Sicherheit & Stabilität**

828 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2021:**

829

830 - **Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherstellen**

831 - **Die Sicherheit wiederherstellen**

832 - **Verbrauchersicherheit auf höchstem Niveau**

833

834 Die Gewährleistung der Sicherheit und die Schaffung eines stabilen
835 Umfelds für die Bürger sind wesentliche Aufgaben unseres Staats.
836 Wir sehen Sicherheit als einen umfassenden Begriff an, der nicht
837 nur die Gefahrenabwehr innerhalb und außerhalb unseres Landes
838 betrifft. Nicht zuletzt durch die Angst vor Terror und zunehmender
839 Einbruchskriminalität leidet auch das persönliche
840 Sicherheitsgefühl der Bürger. Zahlreiche Lebensmittelskandale in
841 den vergangenen Jahren und Befürchtungen, dass künftige
842 Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP Auswirkungen auf unseren
843 Verbraucherschutz haben, verunsichern die Bürger ebenso. Wir
844 wollen uns als verlässlicher Partner der Bürger diesen Sorgen
845 annehmen und die folgenden Maßnahmen umsetzen.

846 **I. Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherstellen**

847 ***Den demokratischen Rechtsstaat verteidigen***

848 *Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat.*
849 *Dies wird durch unser Grundgesetz gewährleistet. Insbesondere die*
850 *dort enthaltenen Grundrechte schaffen eine freie und demokratische*
851 *Gesellschaftsordnung. Die Einhaltung der Grundrechte ist für ein*
852 *Zusammenleben unabdingbar. Angriffe auf unsere freie*
853 *Gesellschaftsordnung dürfen nicht dazu führen, dass diese*
854 *angetastet werden.*

855

856 **Das Vertrauen in den Rechtsstaat fördern**

857 *Das persönliche Sicherheitsgefühl vieler Bürger schwindet. Die*
858 *Zunahme der Einbruchskriminalität, Angst vor Terroranschlägen und*
859 *die von der Großen Koalition verursachte unkontrollierte*
860 *Zuwanderung haben hierzu maßgeblich beigetragen. Wir befinden uns*
861 *in einer kritischen Phase der Spaltung unserer Gesellschaft, weil*
862 *die politische Mitte handlungsunfähig ist. Wir wollen den Bürgern*
863 *in den kommenden vier Jahren ihre Sicherheit wieder zurückgeben.*
864 *Vor allem durch eine erhöhte Polizeipräsenz und mehr Personal und*
865 *Sachmittel für Ermittlungsbehörden, um eine technisch moderne*
866 *Strafverfolgung zu ermöglichen.*

867 *Wir wollen, dass der Rechts- und Justizstandort Deutschland wieder*
868 *gestärkt wird. Wir erachten das Vertrauen der Bürger in die*
869 *Unabhängigkeit der Justiz als eines der wichtigsten Güter in*
870 *unserem Rechtsstaat. Dieses gilt es unbedingt zu erhalten. Wir*
871 *wollen die Unabhängigkeit der Justiz stärken und politische*
872 *Einflussnahme unterbinden. Unsere Justiz schafft zudem*
873 *verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, die wichtig für unsere*
874 *Wirtschaft, aber auch für ausländische Investoren sind. Diese*
875 *Standortvorteile durch „Law Made in Germany“ wollen wir*
876 *wiederherstellen und den Trend hin zu einer nicht demokratisch*
877 *legitimierten Paralleljustiz über Investitionsschutzabkommen*
878 *beenden.*

879 **Unabhängigkeit der Strafermittler**

880 Wir wollen die politische Einflussnahme auf
881 staatsanwaltschaftliche Ermittlungen beenden. Das Weisungsrecht
882 des Bundesjustizministers muss aufgehoben werden, damit die
883 Ermittlungen nicht durch politische Wünsche beeinflusst werden.
884 Wir riskieren sonst, dass etwa klärungsbedürftige Fragen am Ende
885 durch die Politik von der Rechtsprechung ferngehalten werden und
886 hierdurch unsere Rechtsstaatlichkeit beschädigt wird. Allein schon
887 die diesbezüglichen Verdachtsmomente im Fall „Netzpolitik.org“

888 drohen das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz in Frage zu
889 stellen. Das dürfen wir nicht länger dulden.

890 **Schnelle Opferentschädigung**

891 Der Staat hat die Aufgabe, seine Bürger zu schützen. Wenn er
892 versagt, erhalten Opfer finanzielle Unterstützung. Wir wollen,
893 dass dies möglichst schnell und unbürokratisch geschieht, um den
894 Geschädigten keine unnötigen Hürden in den Weg zu stellen. Das
895 stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und verhindert
896 Enttäuschung.

897 **Wohnortnahe Justiz**

898 Wir wollen auch im Bereich der Justiz gleichwertige
899 Lebensverhältnisse in Deutschland erreichen. Dazu gehört eine
900 flächendeckende Präsenz der Einrichtungen der Rechtspflege, zu
901 denen die Bürger wohnortnah Zugang haben.

902 **Straffällige Ausländer ausweisen**

903 Wer bei uns als Gast schwer oder wiederholt straffällig wird, ist
904 für unsere Gesellschaft ein Sicherheitsrisiko. Er muss deshalb
905 konsequent aus Deutschland ausgewiesen werden.

906 **Europa im Bereich der Justiz stärken**

907 Wir wollen Europa zu einem echten Raum der Freiheit, der Sicherheit
908 und des Rechts machen. Das Zusammenwachsen unseres Kontinents
909 führt auch zu Begleiterscheinungen wie eine wachsende
910 grenzüberschreitende Kriminalität und auch Terrorismus. Unsere
911 Justizbehörden in Europa müssen deshalb enger zusammenarbeiten und
912 sich unter dem Dach der europäischen Justizbehörde koordinieren
913 sowie Informationen austauschen.

914 **Härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger wie Polizisten**

915 Die Zahl der tätlichen Angriffe auf Amtsträger, wie Polizisten
916 und auch Rettungskräfte, steigt. Die Attacken von Reichsbürgern

917 und linksradikalen Autonomen sind brutal und nehmen zu. Wir wollen
918 deshalb das Strafmaß bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
919 verschärfen und ausweiten und fordern eine Mindeststrafe von einem
920 Jahr in schweren Fällen.

921 **Deutsches Recht statt Paralleljustiz stärken**

922 Wir wollen unser kontinentaleuropäisches Recht stärken. Es bietet
923 das höchste Maß an Freiheit, Berechenbarkeit und
924 Transaktionssicherheit. Bestrebungen, angelsächsisches Recht bei
925 uns Eingang finden zu lassen, erteilen wir eine Absage. Die im
926 Rahmen der Handelsabkommen CETA und TTIP geplanten Systeme von
927 Investitions-, bzw. Schiedsgerichten lehnen wir deshalb ebenso ab.
928 Unsere nationalen Gerichte sind bestens in der Lage, jegliche zu
929 erwartenden Streitfälle zügig, kompetent, effizient und
930 kostengünstig zu entscheiden.

931 **Attraktivität der Bundespolizei erhöhen**

932 Wir wollen den Dienst in der Bundespolizei attraktiver machen.
933 Deshalb halten wir es für erforderlich, dass das von der
934 Bundespolizeigewerkschaft entwickelte Eckpunktepapier für ein
935 schlüssiges Personalentwicklungskonzept berücksichtigt wird. Wir
936 brauchen insbesondere Maßnahmen, um die Berufszufriedenheit der
937 Beschäftigten zu erhöhen.

938 **Privatisierung der Luftsicherheit stoppen**

939 Wir wollen, dass der Trend zur Privatisierung der
940 Luftsicherheitsaufgaben an Flughäfen beendet wird. Es geht hier
941 um hoheitliche Aufgaben wie Terrorabwehr, die wieder in staatliche
942 Hand zurückgeführt werden muss. Die Praxis zeigt, dass Geld nur
943 unter Inkaufnahme von Dumpinglöhnen und teilweise unzumutbaren
944 Arbeitsbedingungen durch sogenannte Teildienste frühmorgens und
945 spätabends eingespart werden konnte. Deshalb fordern wir den
946 sofortigen Stopp der Privatisierung und die Rückkehr zur
947 Neueinstellung im öffentlichen Dienst.

948 **Einführung eines Drohnenführerscheins**

949 Drohnen stellen zunehmend ein Sicherheitsrisiko dar. Berichte,
950 etwa über Beinahe-Kollisionen mit Passagierflugzeugen,
951 verdeutlichen den Handlungsbedarf. Deshalb wollen wir, dass
952 Steuerer unbemannter Luftfahrtsysteme eine standardisierte
953 Ausbildung durchlaufen müssen, ehe sie eine Drohne lenken dürfen.

954 **Einbruchsprävention fördern**

955 Wir wollen, dass die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung ausgebaut
956 wird. Sie gehört in Zeiten zunehmender Einbrüche zu den
957 wichtigsten polizeilichen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.
958 Beratung über wirksame Sicherungseinrichtungen und
959 Schwachstellenanalysen müssen flächendeckend angeboten und die
960 Bevölkerung durch Werbemaßnahmen darauf aufmerksam gemacht werden.

961 **Aufrüsten gegen Cyberkriminalität**

962 Der Kampf um Cyber-Sicherheit gewinnt immer mehr an Bedeutung.
963 Doch fehlen für eine schlagkräftige Antwort auf die Bedrohung bei
964 unseren Sicherheitsbehörden die Ressourcen. Wir wollen deshalb
965 schnellstmöglich eine überzeugende Gesamtstrategie, die alle
966 Strafverfolgungsbehörden einbindet und die Zusammenarbeit
967 zwischen Behörden und Unternehmen als Opfer von Cyberattacken
968 intensiviert. Insbesondere braucht es hierfür mehr Spezialisten
969 und große Investitionen in die technische Ausstattung, um
970 angemessen reagieren zu können.

971 **Konsequente Bekämpfung von Terrorismus**

972 Wir stehen für eine konsequente Bekämpfung des Terrorismus in
973 unserem Land. Mehr Investitionen in schlagkräftige Anti-Terror-
974 Einheiten halten wir deshalb ebenso für notwendig wie eine
975 hürdenfreie Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten in Europa.

976 **Konsequentes Vorgehen gegen islamistische Gefährder**

977 Eine verfehlte Zuwanderungspolitik darf nicht zum

978 Sicherheitsrisiko für unsere freiheitliche Gesellschaft werden.
979 Deshalb fordern wir die sofortige Abschiebung von Gefährdern und
980 wiederholt straffälligen Flüchtlingen in unserem Land. Solche, die
981 mangels Papieren oder Rücknahmebereitschaft des Herkunftslands
982 nicht abgeschoben werden können, müssen als Sicherheitsrisiko in
983 Abschiebehaft genommen werden. Den Straftatbestand der Bildung
984 einer terroristischen Vereinigung muss dabei ebenso konsequent
985 berücksichtigt werden.

986 **Trennung von Bundeswehr und Polizei**

987 Wir stellen uns gegen jede Bestrebung, Bundeswehreinmächtigkeiten im
988 Inneren durch Änderung unseres Grundgesetzes auszuweiten. Unser
989 Verfassungsrecht sieht aus historisch guten Gründen eine klare
990 Trennung der Aufgaben von Polizei und Bundeswehr vor. Zudem ist
991 nur die Polizei für die Aufgaben der inneren Sicherheit
992 ausgebildet. Die vorgesehenen Ausnahmen, wie etwa in
993 Katastrophenfällen und im Fall des sogenannten Inneren Notstands,
994 sind ausreichend.

995 **Extremismus bekämpfen**

996 Unabhängig von der ideologischen Ausrichtung sind Extremisten
997 Feinde unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und müssen
998 mit allen Mitteln unserer wehrhaften Demokratie bekämpft werden.
999 Auf rechtes, linkes und religiös motiviertes Handeln gegen unseren
1000 Staat müssen wir in gleicher Weise reagieren. Wir wollen, dass
1001 religiös-extremistische Vereine, wie beispielsweise Salafisten,
1002 konsequent verboten werden. Ihr Handeln ist mit unserer
1003 freiheitlichen Ordnung nicht vereinbar. Wir halten es auch für
1004 erforderlich, dass der Verfassungsschutz auch Radikalisierungen
1005 an der Grenze zwischen Rechts- und Linkspopulismus auf der einen
1006 Seite sowie Rechts- und Linksextremismus auf der anderen Seite im
1007 Blick hält.

1008

1009 **Massives Vorgehen gegen „Reichsbürger“**

1010 Wer unser Grundgesetz ablehnt, ist eine Gefahr für unsere
1011 freiheitlich demokratische Grundordnung. Es handelt sich hier
1012 teilweise nicht einfach um irgendwelche Querulanten, sondern um
1013 Gefährder unserer öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Deswegen
1014 wollen wir als erste Maßnahme, dass Reichsbürgern schnellstmöglich
1015 die Waffenerlaubnis entzogen wird.

1016 **Regeln für ein Internet der Freiheit und Vielfalt**

1017 Die Freiheit des Internets ist ein hohes Gut. Doch wir brauchen
1018 Regeln, damit es nicht gegen unsere freiheitlich demokratische
1019 Grundordnung eingesetzt wird. Die Organisation und Kommunikation
1020 von Extremisten müssen wir auch im Internet unterbinden und
1021 illegale Handlungen müssen intensiver verfolgt werden, seien es
1022 etwa Kinderpornographie, illegaler Drogen- oder Waffenhandel.
1023 Entsprechend wollen wir die Spezialteams im Bundesinnenministerium
1024 bedarfsgerecht aufrüsten und ausstatten, um dem Missbrauch des
1025 freien Internets zu begegnen.

1026 **Organisierte Kriminalität europaweit bekämpfen**

1027 Egal ob Menschenhandel, Geldwäsche oder Drogenhandel -
1028 organisierte Kriminalität müssen wir effektiver bekämpfen. Offene
1029 Grenzen haben unsere Sicherheitssituation komplizierter gemacht.
1030 Es braucht deshalb europäische Antworten auf dieses europaweite
1031 Problem. Wir wollen die EU-Sicherheitsagenturen OLAF, CEPOL,
1032 Europol und Eurojust mit weitreichenden Handlungsbefugnissen
1033 ausstatten und eine europaweit reibungslose Zusammenarbeit der
1034 Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten erreichen.

1035 **Sorgsamer Umgang mit Waffen**

1036 Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Bürger, die legal Waffen
1037 besitzen. Wir haben eines der schärfsten Waffenrechte der Welt
1038 und halten dies für ausreichend. Weitere Verschärfungen sind
1039 unverhältnismäßig. Eine zentrale Lagerung der Waffen in

1040 Schützen- und Vereinsheimen lehnen wir ab. Es muss mehr gegen den
1041 illegalen Waffenbesitz getan werden.

1042 **II. Grenzschutz und Verteidigung sicherstellen**

1043 *Unsere Verteidigungsstrukturen sind den heutigen globalen*
1044 *Herausforderungen nach dem radikalen Sparkurs der letzten Jahre*
1045 *kaum gewachsen: Internationaler Terrorismus, hybride*
1046 *Kriegsführung und Cyber-Krieg verändern unsere Anforderungen vor*
1047 *allem in der asymmetrischen Bedrohungslage. Die Berliner Politik*
1048 *findet bis heute keine angemessenen Antworten darauf. Grobe Fehler*
1049 *in der Beschaffungspolitik kosten uns Milliarden, die anderweitig*
1050 *z.B. in der Infrastruktur fehlen. Problemprojekte wie z.B. das*
1051 *G36-Gewehr, das Drohnenprojekt Euro Hawk, der Marinehubschrauber*
1052 *NH90 und das Transportflugzeug A400M sind nur wenige Beispiele*
1053 *für dringenden Handlungsbedarf und einer Reform des*
1054 *Beschaffungswesens. Die Herausforderungen unserer äußeren*
1055 *Sicherheit wollen wir im europäischen Verbund lösen.*

1056 **EU-Außengrenzen gemeinsam schützen**

1057 Wir wollen keine Rückkehr zu Schlagbäumen in Europa, denn wir sind
1058 stolz auf die offenen Grenzen zu unseren europäischen Nachbarn.
1059 Aber damit wir dies erhalten können, brauchen wir eine umso bessere
1060 Sicherung unserer europäischen Außengrenzen. Sie sind bislang
1061 ungenügend geschützt und stellen ein Sicherheitsrisiko für unsere
1062 Bürger dar. Wir können aber auch nicht die gesamte Verantwortung
1063 auf Länder wie Griechenland und Italien abwälzen. Deshalb sind
1064 wir für eine Stärkung des Grenzschatzes auf der europäischen
1065 Ebene. Die Grenzschutzagentur Frontex braucht daher mehr Personal
1066 und stärkere Kompetenzen.

1067 **Verteidigung europäisch organisieren**

1068 Wir wollen die militärische Zusammenarbeit zwischen den EU-

1069 Mitgliedstaaten systematisch ausdehnen. Die europäische
1070 Sicherheitsarchitektur ist zunehmend fragil. Unser Ziel ist, dass
1071 alle EU-Länder zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in ihre
1072 Verteidigung investieren. Daneben wollen wir den Aufbau eines
1073 europäischen Hauptquartiers zur Koordination ziviler und
1074 militärischer Missionen, beziehungsweise Operationen in Ergänzung
1075 zur NATO, um den europäischen Sicherheitsinteressen verstärkt
1076 Rechnung zu tragen.

1077 **Europas Rolle in der NATO stärken**

1078 Der zu erwartende Rückzug amerikanischer Militärpräsenz in Europa
1079 würde ein Sicherheitsvakuum entstehen lassen, das wir
1080 gesamteuropäisch ausgleichen müssen. Wir streben eine enge
1081 europäische Zusammenarbeit im Wehrbereich an, die keine Dopplungen
1082 zur NATO-Struktur schaffen, sondern eine Ergänzung darstellen
1083 soll. Ein starkes Europa in der NATO kann den USA aber auf
1084 Augenhöhe begegnen. Wir wollen eine starke NATO, um schlagfertig
1085 auf die Herausforderungen des Cyberkriegs und des internationalen
1086 Terrorismus reagieren zu können.

1087 **Rüstungspolitik europäisch organisieren**

1088 Wir wollen unsere Rüstungspolitik stärker europäisch organisieren.
1089 Eine gemeinsame Verteidigungsindustrie gewährleistet strategische
1090 Autonomie und unsere technologische Unabhängigkeit. Die hohen
1091 Kosten für militärische Hochtechnologie sind ohnehin immer
1092 schwerer durch nationale Haushalte zu finanzieren.
1093 Gemeinschaftliche Entwicklung und Beschaffung sind daher
1094 notwendig.

1095 **Europäisches Beihilferecht im Verteidigungsbereich reformieren**

1096 Wir wollen, dass es künftig zulässig ist, im Verteidigungsbereich
1097 tätigen Unternehmen solche staatlichen Beihilfen zukommen zu
1098 lassen, wie es auch in anderen Ländern üblich ist.

1099 **Gesellschaftsjahr für alle**

1100 Mit Aussetzung der Wehrpflicht wurde eines der letzten
1101 gesellschaftsumfassenden Bindeglieder ohne Not aufgegeben. Mit
1102 jedem Jahr nach Aussetzung der Wehrpflicht zeigen sich die Folgen
1103 immer stärker: Das Eintreten für die Gemeinschaft, für Ehrenamt
1104 und soziales Miteinander lässt nach. Wenn wir den Zusammenhalt
1105 verlieren, wird unser System vor große Probleme gestellt. So wie
1106 die Wehrpflicht früher, bedarf es auch heute eines
1107 identitätsstiftenden Einsatzes für die Gesellschaft. Ansonsten
1108 droht sie in lose Gruppen von Individualisten zu zerfallen.
1109 Veränderte Sicherheits- und Bedrohungslagen erfordern zudem eine
1110 Anpassung der militärischen Strukturen, womit sich der Bedarf an
1111 qualifiziertem Nachwuchs erhöht. Wir fordern deshalb ein
1112 Gesellschaftsjahr für Frauen und Männer. Dabei soll es eine
1113 Wahlfreiheit zwischen dem Dienst der Bundeswehr, im
1114 Katastrophenschutz, bei der Feuerwehr und vielen weiteren
1115 Blaulichtorganisationen sowie im sozialen Bereich geben. Dieser
1116 Dienst für die Gemeinschaft muss sich für jeden lohnen. Wir wollen
1117 hierfür eine Arbeitsgruppe mit den betreffenden
1118 Interessenverbänden, Renten- und Finanzexperten bilden, um ein
1119 Realisierungskonzept zu erstellen.

1120 **Streitkräfte aus der Mitte der Gesellschaft**

1121 Wir wollen, dass die Bundeswehr den erforderlichen Rückhalt und
1122 die Wertschätzung aus der Gesellschaft erfährt. Wir stehen zu
1123 öffentlichen Gelöbnissen, Informationen durch Jugendoffiziere an
1124 Schulen und Gewinnung des Nachwuchses aus der Breite der
1125 Gesellschaft.

1126 **Auslandseinsätze**

1127 Einsätze müssen mit dem Grundgesetz und dem internationalen Recht
1128 vereinbar sein und dürfen nur dazu dienen, den Frieden zu wahren
1129 oder wiederherzustellen. Wir wollen keine risikoreichen Einsätze.

1130 Die Ziele müssen klar definiert, von Beginn an mit zivilen
1131 Nichtregierungsorganisationen geplant und mit Zeitplänen
1132 verknüpft werden. Der mittlerweile 15-jährige Einsatz der
1133 Bundeswehr in Afghanistan ist ein Negativbeispiel, das sich nicht
1134 wiederholen darf. Die rechtliche und wirtschaftliche Absicherung
1135 im einsatzbedingten Schadensfall muss für die Soldaten eindeutig
1136 geregelt sein.

1137 **Attraktiver Dienst bei der Bundeswehr**

1138 87 Prozent der länger dienenden Soldaten sind Pendler. Dies
1139 erfordert unter anderem eine dauerhafte Anwendung von
1140 Trennungsgeld. Ministerielle Schnellschüsse wie die
1141 Soldatenarbeitszeitverordnung ohne Ausführungsbestimmungen lehnen
1142 wir ab, da sie die Truppe unnötig belasten.

1143 **Moderne und einsatzfähige Ausrüstung**

1144 Wir wollen, dass den Soldaten das Material zur Verfügung steht,
1145 das sie für ihren Dienst benötigen. Dasselbe gilt für die
1146 Reservisten bei der Ausbildung, aber auch bei der Zusammenarbeit
1147 zwischen Truppe und Reservistenkameradschaften. Eine moderne und
1148 einsatzfähige Ausrüstung ist ebenso Grundvoraussetzung für einen
1149 attraktiven Dienst wie die Betreuung der Soldaten, die aus einem
1150 Auslandseinsatz zurückkehren. Die Vereinbarkeit von Familie und
1151 Beruf muss sichergestellt sein.

1152 **Attraktivitätsprogramm auch für länger dienende Soldaten**

1153 Länger dienende Soldaten dürfen beim Attraktivitätsprogramm nicht
1154 vergessen werden. Daher sollte der Beförderungsstau in allen
1155 Dienstgradgruppen zeitnah beendet werden. Außerdem muss die
1156 Flexibilität des längeren Dienens über die besondere Altersgrenze
1157 hinweg für die Interessierten mit einem Maßnahmenpaket zur
1158 Besoldung und Pension attraktiv gestaltet werden.

1159

1160 **Keine Erhöhung der besonderen Altersgrenze**

1161 Eine Erhöhung der besonderen Altersgrenze lehnen wir ab, da dies
1162 einen tiefen Einschnitt in die Lebensplanung der Soldaten
1163 bedeutet, aber auch das Alter der Truppe erhöht, während derzeit
1164 das Eintrittsalter steigt.

1165 **Reservisten unterstützen**

1166 Die Reservisten müssen in allen Bereichen gefördert werden um sie
1167 flexibel, vor allem in Mangelverwendungen einsetzen zu können.
1168 Die Bürokratie rund um Wehrübungen muss abgebaut werden und die
1169 Rahmenbedingungen eng mit den Interessenverbänden abgestimmt
1170 werden.

1171 **III. Außenpolitik mit Verantwortung**

1172 *Wir wollen die außenpolitischen Herausforderungen des 21.*
1173 *Jahrhunderts angehen. Deutschland trägt als eine der größten*
1174 *Wirtschaftsmächte der Welt eine große Verantwortung. Dem und der*
1175 *Erwartungshaltung der Staatengemeinschaft entsprechend wollen*
1176 *wir, dass Deutschland sich als zuverlässiger Partner und ehrlicher*
1177 *Makler in die Weltpolitik einbringt. Wir wollen durch eine solide,*
1178 *friedliche und berechenbare Rolle die internationale Politik*
1179 *mitgestalten. Friedenssicherung dient auch der Bekämpfung von*
1180 *Fluchtursachen.*

1181 *Der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die*
1182 *Gewährleistung der Freiheit, der Demokratie, des Rechtsstaats und*
1183 *der Menschenrechte muss wieder unser Schwerpunkt werden. Unser*
1184 *internationales Ansehen müssen wir in die Diplomatie einbringen,*
1185 *um gemeinsame Lösungen für globale Probleme zu finden. Hierbei*
1186 *geht es vor allem darum, dem Klimawandel entgegenzuwirken, den*
1187 *Hunger in der Welt zu bekämpfen, die Ressourcensicherheit,*
1188 *insbesondere die Energieversorgung, sicherzustellen. Auch müssen*
1189 *wir den Zugang zu Rohstoffen und Wasser für alle sowie die innere*

1190 und äußere Sicherheit gewährleisten. Wir wollen aber keine
1191 außenpolitischen Alleingänge, sondern immer eine Abstimmung mit
1192 unseren Verbündeten. Unsere zurückhaltende Kultur in der
1193 internationalen Politik war für unser Nachkriegsdeutschland
1194 prägend und hat uns das heutige Ansehen eingebracht. Dieses zu
1195 bewahren, sehen wir als unsere Aufgabe an.

1196 **Enge Beziehungen zu bisherigen Partnern pflegen**

1197 Deutschland ist als Industriestandort ohne eigene nennenswerte
1198 Rohstoffvorkommen von seinen guten internationalen Beziehungen
1199 besonders abhängig. Daher wollen wir die bestehenden Verbindungen
1200 unseres Landes in der Welt pflegen und ausbauen.

1201 **Transatlantische Beziehungen fortführen**

1202 Wir wollen unsere guten partnerschaftlichen Beziehungen mit
1203 den nordamerikanischen Staaten auf Augenhöhe pflegen und
1204 ausbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Beziehung
1205 stärker von gegenseitigem Respekt getragen wird.

1206 **Enge deutsch-französische Partnerschaft**

1207 Immer wenn Deutschland und Frankreich eng verbündet und
1208 geschlossen gehandelt haben, konnten die Krisen in Europa
1209 überwunden werden. Wir wollen deshalb dem deutsch-
1210 französischen Tandem in der Europapolitik wieder größere
1211 Bedeutung zukommen lassen und streben eine enge Zusammenarbeit
1212 mit unseren französischen Freunden an.

1213 **Partnerschaftliche Beziehungen zum Vereinigten Königreich**

1214 Der Austritt Großbritanniens und Nordirlands aus der
1215 Europäischen Union ist dramatisch. Die vergleichbare
1216 Wirtschaftskraft der zwanzig kleinsten Volkswirtschaften
1217 unter den EU-Mitgliedstaaten geht unserem Binnenmarkt
1218 verloren. Die Entscheidung der Bevölkerung respektieren wir
1219 und müssen deshalb neue Wege suchen, unsere

1220 partnerschaftlichen Beziehungen auf hohem Niveau
1221 auszuhandeln. Verhandlungen müssen aber fair und ohne
1222 Sonderzugeständnisse geführt werden.

1223 **Verantwortung gegenüber Israel**

1224 Deutschland hat gegenüber dem Staat Israel eine besondere
1225 historische Verantwortung. Die Existenz und Sicherheit Israels
1226 sehen wir als Auftrag unserer Außenpolitik an. Wir streben für
1227 die Lösung des Konflikts mit Palästina eine friedliche
1228 Zweistaaten-Lösung an.

1229 **Türkei derzeit nicht beitragsfähig**

1230 Wir sehen die Entwicklungen seit dem gescheiterten Putsch-Versuch
1231 in der Türkei mit sehr großer Sorge. Die repressiven Maßnahmen im
1232 Rahmen des ausgerufenen Ausnahmezustands verurteilen wir und
1233 appellieren an die türkische Regierung, auf den Pfad der
1234 Demokratie und des freiheitlichen Rechtsstaats zurückzukehren. Auch
1235 die geplante Einführung der Todesstrafe in diesem Land alarmiert
1236 uns. Unter diesen Voraussetzungen können wir nicht länger über
1237 eine EU-Mitgliedschaft verhandeln, weil sie nicht mit unseren
1238 europäischen Grundwerten vereinbar ist. Wir dürfen uns dabei auch
1239 nicht durch eine Aufkündigung des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens
1240 erpressen lassen.

1241 **Dialog mit Russland fortsetzen**

1242 Wir wollen trotz der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und
1243 der großen Differenzen in den Beziehungen zu Russland den Dialog
1244 nicht abreißen lassen. Der regelmäßige Austausch ist uns wichtig,
1245 weil wir nur so die Chance haben, Fortschritte zu erzielen. Dabei
1246 setzen wir vor allem auf den NATO-Russland-Rat, um den
1247 Ukraine Konflikt friedlich zu lösen.

1248 **Kooperation mit regionalen Bündnissen vertiefen**

1249 Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und der

1250 Arabischen Liga intensivieren. Wir brauchen gemeinsame Strategien
1251 und gemeinsames Handeln gegen die Bedrohung der Freiheit durch
1252 den internationalen Terrorismus und im Umgang mit den Folgen
1253 instabiler Länder für unsere Sicherheit.

1254 **Strategische Rohstoffpartnerschaften vorantreiben**

1255 Für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland und
1256 die Sicherung unseres Wohlstands wollen wir eine engagierte
1257 Rohstoffpolitik. Mit Hilfe von bilateralen Rohstoffabkommen gilt
1258 es, langfristig unseren Bedarf zu sichern. Es geht um unseren
1259 Zugang zu seltenen Erden, Industriemineralien und fossilen
1260 Rohstoffen, den wir partnerschaftlich mit den entsprechenden
1261 Ländern im afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Raum
1262 organisieren wollen.

1263 **Krisenregionen wieder stabilisieren**

1264 Regimewechsel der vergangenen Jahre stürzten viele Länder ins
1265 Chaos. Wir müssen mit einer verlässlichen Außenpolitik Vermittler
1266 und Ratgeber in solchen Fällen sein und werden Maßnahmen
1267 unterstützen, die wieder zu einer Stabilisierung der betroffenen
1268 Länder beitragen. Wir dürfen solche Staaten nicht zwingen, unser
1269 demokratisches System zu kopieren. Sie müssen ihren eigenen Weg
1270 finden, um eine tragbare Staatlichkeit in Freiheit zu entwickeln.

1271 **Gemeinsames Vorgehen gegen den sogenannten „Islamischen Staat“**

1272 Wir wollen den sogenannten „Islamischen Staat“ durch die
1273 Unterstützung der regionalen Kräfte bekämpfen. Einen Einsatz
1274 deutscher Kampftruppen lehnen wir ab, wollen aber die deutsche
1275 Infrastruktur zur Verfügung stellen, um durch militärische
1276 Aufklärungsarbeit die Kampfverbände gegen die Extremisten zu
1277 unterstützen. Wir unterstützen alle Maßnahmen der Vereinten
1278 Nationen, die dazu beitragen, den Bürgerkrieg in Syrien
1279 schnellstmöglich zu beenden.

1280

1281 **Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen**

1282 Wir wollen unsere Welt sicherer machen. Deshalb unterstützen wir
1283 alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die Zahl der
1284 Massenvernichtungswaffen zu verringern. Besonders wichtig ist uns,
1285 die Weitergabe solcher Waffen in die Hände von Terroristen mit
1286 allen unseren möglichen Mitteln zu verhindern. Nuklearwaffen sind
1287 ein globales Sicherheitsrisiko. Wir wollen, dass ihre Zahl auf
1288 dieser Welt reduziert wird und vor allem die Zahl der Atomkräfte
1289 nicht weiter zunimmt. Wir begrüßen deshalb das Ende des
1290 dreizehnjährigen Atomstreits mit dem Iran durch das Atomabkommen
1291 von Wien. Dabei werden wir uns dafür einsetzen, dass die
1292 Vereinbarungen auch eingehalten werden.

1293 **Völkerverständigung durch Städte- und Gemeindepartnerschaften**

1294 Wir wollen unsere Erfahrungen aus den Städten und Gemeinden in
1295 den Bundestag tragen und den Ausbau der Städte- und
1296 Gemeindepartnerschaften voranbringen. Völkerverständigung findet
1297 schließlich nicht zwischen Staaten, sondern den Bürgern statt.
1298 Deshalb müssen diese Begegnungen in den Kommunen erfolgen, dort
1299 wo die Politik den Bürgern am nächsten ist. Hier wurde in den
1300 letzten Jahren viel zu wenig getan. Die Mittel müssen aufgestockt
1301 werden.

1302 **Welthandelsorganisation stärken**

1303 Wir wollen nicht länger mit einzelnen Staaten Handelsabkommen
1304 abschließen. CETA, TTIP und TiSA sind das Ergebnis des Scheiterns
1305 der Welthandelsorganisation, faire Regeln für den globalen Handel
1306 aufzustellen. Deshalb setzen wir uns für eine Wiederbelebung der
1307 Welthandelsrunden ein, bei denen die Industrieländer
1308 verantwortungsvoller auf die Interessen der ärmeren Länder dieser
1309 Welt eingehen müssen.

1310

1311 **IV. Entwicklungspolitik für eine friedlichere und sichere**
1312 **Welt**

1313 *Entwicklungspolitik ist auch Sicherheitspolitik. Hierdurch kann*
1314 *der Nährboden für Radikalisierungen der Menschen entzogen und*
1315 *damit der Hinwendung zum Extremismus und Terrorismus vorgebeugt*
1316 *werden.*

1317 *Jeder Mensch hat das Recht auf seine Heimat und muss die*
1318 *Möglichkeit erhalten, dort sicher und friedlich in voller*
1319 *Selbstbestimmtheit leben können.*

1320 *Angesichts von derzeit etwa 65 Millionen Menschen auf der Flucht*
1321 *rückt dieses Ziel aber immer weiter in die Ferne.*

1322 *Fluchtursachen sind vielfältig und keineswegs nur auf kriegerische*
1323 *Konflikte wie in Syrien beschränkt. Es geht uns allgemein um die*
1324 *Gewährleistung nachhaltiger Entwicklung, verstärkten Klimaschutz,*
1325 *gute Regierungsführung und den Erhalt der Lebensgrundlagen in*
1326 *allen Regionen dieser Welt. Dieser Herausforderung stellen wir*
1327 *uns.*

1328 **Entwicklungszusammenarbeit demokratisieren**

1329 *Wir wollen, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht auf dem*
1330 *Reißbrett der Ministerialbürokratie entworfen wird, sondern der*
1331 *Bundestag die Schwerpunkte und Leitlinien gestaltet.*

1332 **Durch faire Beschaffung Fluchtursachen bekämpfen**

1333 *Wir wollen eine staatliche Fair-Trade-Selbstverpflichtung: Eine*
1334 *faire und nachhaltige Beschaffung durch alle öffentlichen Stellen*
1335 *ist unser Ziel. Der Staat mit seinen Behörden muss Vorbild sein,*
1336 *wenn es um die Sicherstellung fairer Löhne und nachhaltiger*
1337 *Herstellung von Waren geht, die er selbst bezieht.*

1338 **Ausbau des Eine-Welt-Promotoren-Programms**

1339 *Herausforderungen und Fluchtursachen wie Klimawandel, Hunger und*
1340 *Armut erfordern auch bei uns ein Umdenken und entschlossenes*

1341 Handeln im Alltag. Das Bundesentwicklungsministerium fördert
1342 deshalb gemeinsam mit den Bundesländern sogenannte Eine-Welt-
1343 Promotoren. Diese beraten öffentliche Stellen und setzen sich für
1344 eine global nachhaltige Entwicklung ein. Wir halten diese
1345 Einrichtung für sinnvoll und wollen dieses Programm weiter
1346 ausbauen.

1347 **Textilbündnis voranbringen**

1348 Wir wollen erreichen, dass die gesamte deutsche Textilindustrie
1349 sich selbstverpflichtet, eine faire Produktion in Schwellen- und
1350 Entwicklungsländern sicherzustellen. Es beteiligen sich aber
1351 bisher noch zu wenige Unternehmen an dem hierfür geschaffenen
1352 Textilbündnis, um diesem Ziel zügig näherzukommen. Wir wollen es
1353 daher durch gezielte Kampagnen und Kommunikationsmaßnahmen
1354 bekannter machen.

1355 **Der Verantwortung als Geberland gerecht werden**

1356 UN-Hilfsorganisationen leiden unter chronischer
1357 Unterfinanzierung, weil die Geberländer wie auch Deutschland zu
1358 wenig Mittel für die vielfältigen Hilfsmissionen zur
1359 Flüchtlingsversorgung vor Ort bereitstellen. Es kommt auch
1360 regelmäßig zu Verzögerungen der versprochenen Zahlungen. Die
1361 teilweise prekären Situationen in den Flüchtlingscamps in Ländern
1362 wie dem Libanon, in Jordanien, Kenia, Uganda und dem Tschad zwingen
1363 viele der dort untergekommenen Geflohenen zur Weiterflucht - auch
1364 in Richtung Europa. Dieser Umstand ist auch auf das Versagen der
1365 Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten zurückzuführen.
1366 Deswegen wollen wir, dass Deutschland im Verein mit seinen
1367 europäischen Partnern seiner Verantwortung gerecht wird.

1368 **Eigener Haushalt für Hilfsorganisationen der UNO**

1369 Wir wollen erreichen, dass die Vereinten Nationen mittelfristig
1370 einen eigenen Haushalt für die UNO-Hilfsorganisationen aufstellen,
1371 um dort eine lückenlose Finanzierung sicherzustellen. Bisher

1372 müssen immer wieder neu Mittel von den Geberländern wie
1373 Deutschland eingeworben werden. Die Folgen sind Engpässe bei der
1374 Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, die die Menschen in
1375 Flüchtlingscamps dazu zwingt, von dort aus nach Europa weiter zu
1376 fliehen. Ein eigener Haushalt würde diese Fluchtursache beenden.

1377 **0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Entwicklungspolitik**

1378 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Deutschland das international
1379 vereinbarte 0,7-Prozent-Ziel schnellstmöglich erreicht: 0,7
1380 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts müssen in die
1381 Entwicklungspolitik fließen. Diese Gelder sind eine wichtige
1382 Investition in unsere Sicherheit, weil sie Flucht nach Europa und
1383 Radikalisierungen in der Dritten Welt vorbeugen. Dabei wollen wir
1384 dafür sorgen, dass die Statistik nicht geschönt wird: Die Kosten
1385 für die Flüchtlingsunterbringung in Deutschland dürfen hier nicht
1386 länger mit hineingerechnet werden.

1387 **Mehr Engagement in der Sahelzone**

1388 Die Wüste breitet sich in der Sahelzone im Süden der Sahara immer
1389 weiter aus und raubt Schritt für Schritt Millionen Menschen ihre
1390 Lebensgrundlage. Wir wollen das internationale Projekt
1391 unterstützen, einen 7.000 Kilometer langen Waldgürtel zwischen dem
1392 Senegal und Dschibuti durch Aufforstung anzulegen, um dieser
1393 Region neue Lebensperspektiven zu geben und die Fluchtursachen zu
1394 bekämpfen.

1395 **V. Verbrauchersicherheit auf höchstem Niveau**

1396 *Unser Sicherheits-Begriff schließt auch die Gefahrenabwehr im*
1397 *Bereich von Waren und Dienstleistungen ein. Wir sind stolz auf*
1398 *unser im Grundgesetz verankertes Vorsorgeprinzip, durch das*
1399 *Schäden für unsere Gesundheit im Voraus vermieden werden sollen.*
1400 *Damit sollen vorsorglich auf unserem Markt nur die Waren*

1401 zugelassen werden, von denen nachweislich keine Gefahr ausgeht.
1402 Dank der Meisterpflicht in Berufen wie Elektriker oder
1403 Schornsteinfeger, leisten unsere Handwerker einen großen Beitrag
1404 für die Sicherheit der Bürger. Auch für Lebensmittelerzeugnisse
1405 und -verarbeitung ist eine fachliche Qualifikation
1406 Grundvoraussetzung.

1407 **Vorsorgeprinzip wieder ernst nehmen**

1408 Wir wollen keine Aufweichung unseres Vorsorgeprinzips.
1409 Internationale Abkommen wie das SPS-Übereinkommen oder
1410 Handelsabkommen wie CETA und TTIP stellen unseren vorsorgenden
1411 Ansatz zunehmend in Frage. Die Große Koalition treibt dies weiter
1412 voran. Dem stellen wir uns entgegen.

1413 **Information der Verbraucher**

1414 Wir stehen für einen starken europäischen Verbraucherschutz auf
1415 hohem Niveau. Dabei setzen wir auf den mündigen Bürger: Staatliche
1416 Bevormundung bei Kaufentscheidungen lehnen wir strikt ab. Wir
1417 wollen weniger Bürokratie und stattdessen eine vollumfängliche
1418 Information der Verbraucher sowie eine gezielte Vermittlung von
1419 Alltagskompetenzen. Die Arbeit der Verbraucherzentralen muss
1420 gestärkt werden.

1421 **Kampf gegen Antibiotikaresistenzen**

1422 Allein in Deutschland sterben jährlich ca. 10.000 bis 15.000
1423 Menschen an den Folgen einer Infektion durch resistente Bakterien.
1424 Wir wollen eine Aufklärung, um die Bevölkerung, aber auch Ärzte,
1425 Tierärzte und Landwirte darauf zu sensibilisieren und auf
1426 alternative Behandlungsmöglichkeiten hinzuweisen. Wir brauchen
1427 auch mehr Forschungsanstrengungen, die wir staatlich fördern
1428 wollen. Eine vermehrte Zulassung neuer Präparate ist ebenso
1429 erforderlich.

1430 **Atomausstieg ist Gebot unserer Sicherheit**

1431 Wir stehen für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und
1432 die Wende hin zu erneuerbaren Energien. Tschernobyl und Fukushima
1433 haben uns vor Augen geführt, welche Gefahr von Kernkraftwerken
1434 ausgehen kann. Störfälle durch Computerviren, Terroranschläge oder
1435 unvorhergesehene Materialschwäche können fatale Folgen für unsere
1436 Heimat haben. Uns bereiten auch die Störfälle grenznaher
1437 Kernkraftwerke im Ausland, wie in Cattenom oder Tihange, große
1438 Sorgen. Wir wollen hier auf internationaler Ebene mehr Sicherheit
1439 für unsere Bürger erreichen.

1440 **Kein Endlager, sondern Rückholbarkeit des Atommülls**

1441 Die Rückholbarkeit des Atommülls muss gewährleistet sein. Wir
1442 wollen deshalb, dass das hochgefährliche Material auch in der
1443 Zukunft unter Kontrolle bleibt und zu jedem Zeitpunkt sicher
1444 verschoben werden kann.

1445 **Ehrlichkeit & Fleiß**

1446 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2021:**

- 1447
- 1448 - **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**
 - 1449 - **Verantwortliches Unternehmertum fördern**
 - 1450 - **Bundesweit einheitliche Bildungsstandards auf Höchstniveau**

1451

1452 *Deutschland ist eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt. Grund*
1453 *dafür sind die vielen Millionen Bürger, die durch Leistung,*
1454 *Einsatz und Innovationsfreude unseren Wohlstand erwirtschaften.*
1455 *Unternehmer mit Verantwortung auf der einen, Arbeitnehmer mit*
1456 *klugen Köpfen auf der anderen Seite sind das Rückgrat unserer*
1457 *Gesellschaft. Wir wollen uns dafür stark machen, dass dies nicht*
1458 *aus den Fugen gerät. Deshalb wollen wir die hart arbeitende*
1459 *Mittelschicht massiv entlasten. Wir brauchen neue Anreize, damit*
1460 *sich Leistung wieder lohnt.*

1461 *Unsere für das Wirtschaftsleben unverzichtbare Infrastruktur vom*
1462 *Breitbandausbau über Schiene, Straße und Gewässer braucht zudem*
1463 *dringend benötigte Investitionen. Wir fordern deshalb einen*
1464 *bundesweiten Straßenrettungsschirm. Das Bürokratiemonster und*
1465 *„Draufzahlgeschäft“ der PKW-Maut der Großen Koalition wollen wir*
1466 *verhindern.*

1467 **I. Arbeit muss sich wieder lohnen**

1468 *Wer Vollzeit arbeitet, muss genug verdienen, um ohne*
1469 *staatliche Hilfen leben zu können. Eine faire Entlohnung sorgt*
1470 *für die notwendigen Leistungsanreize. Der Mindestlohn ist vor*
1471 *diesem Hintergrund eine gute und wichtige Entwicklung. Doch die*
1472 *damit verbundene Bürokratie ist gerade für den Mittelstand*
1473 *überborden. Den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den*

1474 einzelnen Regionen Deutschlands kann zudem ein einheitlicher
1475 Mindestlohn nicht gerecht werden. Für den Erhalt von Wohlstand
1476 und Arbeitsplätzen in Deutschland treten wir für eine
1477 Beschäftigungspolitik ein, die Wertschöpfung am Standort
1478 Deutschland auf hohem Niveau gewährleistet.

1479 **Erhalt der Tarifautonomie**

1480 Tarifverträge sind geeignet, auf die spezifischen Bedürfnisse der
1481 Branchen und der Regionen einzugehen. Die
1482 Allgemeinverbindlichkeitserklärung tariflicher Mindestlöhne, die
1483 über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, muss deshalb weiter
1484 gefördert werden.

1485 **Mindestlohn regionalisieren**

1486 Wir wollen den Mindestlohn regional ausgestalten. Dort, wo
1487 Lebenshaltungskosten höher sind, brauchen die Arbeitnehmer mehr
1488 Geld, um von ihrem Lohn leben zu können. Eine deutschlandweit
1489 einheitliche Lohnhöhe ist deshalb nicht gerecht.

1490 **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

1491 Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen ist nach wie vor
1492 eklatant hoch. Im europäischen Vergleich sind wir Schlusslicht
1493 und die Große Koalition hat hier zu wenig gemacht. Das neue
1494 Entgeltgleichheitsgesetz ist ein fauler Kompromiss, der für die
1495 meisten Frauen keine Verbesserung herbeiführen wird. Das wollen
1496 wir ändern.

1497 **Eingrenzung der Leiharbeit**

1498 Leiharbeit darf nur für die Abdeckung von Auftragsspitzen
1499 eingesetzt werden. Damit steht Unternehmen ein Instrument zur
1500 Verfügung, um flexibel reagieren zu können. Dieses Modell darf
1501 nicht ausufern und zur unsozialen Kostensenkung oder Verdrängung
1502 der Stammbeschafteten missbraucht werden. Wir wollen deshalb,
1503 dass Leiharbeit von Beginn an gleich bezahlt werden muss wie

1504 vergleichbare Arbeit, die von der Stammebelegschaft verrichtet
1505 wird.

1506 **Hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen und sichern**

1507 Der Innovationsstandort Deutschland bietet beste Voraussetzungen
1508 zur Schaffung und Sicherung hochqualifizierter Arbeitsplätze. Dies
1509 ist die Voraussetzung für unseren Wohlstand und die Zukunft
1510 unseres Landes. Wir stehen deshalb für eine Politik, die den
1511 Standort Deutschland für in- wie ausländische Unternehmen
1512 attraktiv hält und durch gute Bildung die klugen Köpfe von morgen
1513 hervorbringt.

1514 **Scheinselbständigkeit bekämpfen**

1515 Scheinselbständigkeit ist unsolidarisch und muss bekämpft werden.
1516 Sozialversicherungsbeiträge zu umgehen, bedeutet unsere sozialen
1517 Sicherungssysteme zu schwächen und die Scheinselbständigen einem
1518 Altersarmutsrisiko auszusetzen. Wir wollen deshalb klare
1519 gesetzliche Regelungen und auch eine strengere und
1520 flächendeckendere Überprüfung. Allerdings muss darauf geachtet
1521 werden, dass echte Selbständige und deren Auftraggeber durch neue
1522 Regelungen nicht verunsichert und mit in das Fadenkreuz genommen
1523 werden.

1524 **Faire Entlohnung bei Praktika**

1525 Auf dem Weg ins berufliche Leben sind viele Jugendliche auf die
1526 Absolvierung von Praktika angewiesen. Wichtig ist für uns, dass
1527 Praktikanten nicht ausgenutzt werden, sondern eine faire Bezahlung
1528 für ihre geleistete Arbeit erhalten.

1529 **Ehrliche Arbeitslosenstatistik**

1530 Bei den regelmäßigen Erhebungen der Arbeitslosen wird viel
1531 getrickst. Ältere Bezieher, Ein-Euro-Jobber, Arbeitslose in
1532 Weiterbildungsmaßnahmen, kranke Arbeitslose und viele mehr werden
1533 nicht in die Statistik aufgenommen. Der Öffentlichkeit wird bei

1534 dieser Falschdarstellung kein Dienst erwiesen. Es geht vielmehr
1535 das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Wir wollen das ändern und
1536 wieder zu einer ungeschönten Arbeitslosenstatistik zurückkehren.

1537 **II. Unternehmertum und Verantwortung**

1538 *Politik und Wirtschaft tragen Verantwortung für die Gesellschaft.*
1539 *Die Politik muss die Rahmenbedingungen für ein funktionierendes*
1540 *Wirtschaften schaffen, damit sich die Unternehmen möglichst frei*
1541 *entfalten können. Die Unternehmen müssen sich aber auch so*
1542 *verhalten, dass die Menschen vom erwirtschafteten Wohlstand*
1543 *profitieren. Diese Ausgewogenheit im Sinne der sozialen*
1544 *Marktwirtschaft ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik.*
1545 *Die umstrittenen Handelsabkommen CETA, TTIP und TiSA lehnen wir*
1546 *ab, weil sie vorrangig Großkonzernen nutzen und eine Gefahr für*
1547 *unsere mittelständische Wirtschaft darstellen.*

1548 **Verantwortliches Unternehmertum fördern**

1549 Ein starkes Unternehmertum braucht ein starkes Umfeld. Die
1550 Wirtschaft blüht dort, wo sie die besten Rahmenbedingungen
1551 vorfindet. Allerdings sehen wir, dass bestehende Defizite in
1552 diesem Bereich oft nicht beseitigt und häufig noch zusätzliche
1553 Hürden aufgebaut werden. Wir wollen durch pragmatische Vorschläge
1554 unsere Unternehmen stärken, um uns erfolgreich im internationalen
1555 Wettbewerb behaupten zu können.

1556 **Chancengleichheit schaffen**

1557 Ländliche Gebiete und Ballungsräume müssen sich gleichermaßen
1558 entwickeln können, denn eine positive wirtschaftliche Entwicklung
1559 in der Region entlastet auch die boomenden Zentren. Dadurch steigt
1560 die Attraktivität aller Regionen und damit auch des gesamten
1561 Standorts Deutschland.

1562

1563 **Kritischer Umgang mit Freihandelsabkommen**

1564 Wir stehen zum freien Handel und sehen die Vorzüge für die
1565 Exportnation Deutschland. Doch die geplanten Handelsabkommen CETA,
1566 TTIP und TiSA bergen mehrere Gefahren. Hier werden die Interessen
1567 der Landwirtschaft und der Großindustrie gegeneinander
1568 ausgespielt. Es drohen Paralleljustiz, eine Absenkung unserer
1569 Verbraucherschutzstandards und eine Privatisierung der
1570 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wie etwa die
1571 Trinkwasserversorgung. Das werden wir nicht zulassen und
1572 gesetzlich verankern.

1573 **Nachhaltiges Wirtschaften**

1574 Wir stehen für eine nachhaltige Wirtschaft mit den Zielen ein
1575 erfolgreiches, verantwortliches, soziales und umweltverträgliches
1576 Wirtschaftssystem aufzubauen. Die aktuelle Entwicklung der
1577 weltweiten Wirtschaft wird aufgrund der Ungerechtigkeit soziale
1578 Unruhen schaffen. Sie erzeugt schon heute nicht berechenbare
1579 finanzielle Umweltschäden, die häufig von der Allgemeinheit statt
1580 von den Verursachern gezahlt werden.

1581 **Eigentum verpflichtet**

1582 Wir stehen zum Eigentum und zur Eigentumverantwortung. Die
1583 Wirtschaft kann sich nur entfalten, wenn sie einen möglichst
1584 freien Handlungsrahmen vorfindet. Die Verwaltung soll nur
1585 eingreifen, wenn Fehlentwicklungen offenkundig werden. Seit jeher
1586 stehen verantwortlich handelnde Unternehmer und Unternehmen für
1587 nachhaltiges Wachstum und gesellschaftliche Stabilität.

1588 **Mittelstand und Handwerk fördern**

1589 Gerade kleinere Unternehmen und das Handwerk haben andere
1590 Ansprüche an die Wirtschaftspolitik als global handelnde Konzerne.
1591 Sie sind häufig inhaber- oder familiengeführt und deshalb Garant
1592 für gesellschaftliche Verankerung und Verantwortung. Sie benötigen
1593 spezielle Voraussetzungen im Wettbewerb mit Großkonzernen und sind

1594 einem großen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Zugang zu Wissen,
1595 Fachkräften und Kapital sind Grundbedingungen für ihren Erfolg,
1596 den wir gewährleisten wollen.

1597 **Keine Gesetze zum Schaden des Mittelstands**

1598 Wir werden uns besonders dafür einsetzen, dass Gesetze und
1599 Verordnungen verhindert werden, die den Mittelstand
1600 benachteiligen. Wir brauchen keine weiteren Auflagen und
1601 Vorschriften, sondern Entlastung!

1602 **Umfassender Bürokratieabbau für den Mittelstand**

1603 Wir wollen unnötige Statistik-, Aufzeichnungs-, Dokumentations-,
1604 und Meldepflichten reduzieren. Die Tachographenpflicht für das
1605 Handwerk muss aufgehoben werden und auch die Vorfälligkeit der
1606 Sozialversicherungsbeiträge muss abgeschafft werden.

1607 **Mindestlohn-Bürokratie beenden**

1608 Wir wollen der im Schnellverfahren aufgebauten Mindestlohn-
1609 Bürokratie Einhalt gebieten. Es gilt, die Dokumentationspflichten
1610 zur Kontrolle des Mindestlohns zu entschärfen. Die
1611 Subunternehmerhaftung, wonach ein Auftraggeber dafür einzustehen
1612 hat, falls ein Subunternehmer den Mindestlohn nicht zahlt, muss
1613 gestrichen werden. Mithelfende Familienangehörige gilt es zudem
1614 generell vom Mindestlohn auszunehmen.

1615 **Erhalt und Wiedereinführung der Meisterpflicht**

1616 Wir stehen zum Erhalt regulierter Berufe und dem damit eng
1617 verbundenen dualen Ausbildungssystem. Der Meisterbrief steht für
1618 höchste Qualität und ist ein Gütesiegel deutscher Handwerkskunst.
1619 Deswegen wollen wir mit Bildungsgutscheinen für die
1620 Meisterausbildung neue Anreize schaffen, um diese Berufsgruppen,
1621 vor allem auch den berufspraktischen Teil zu stärken und dem
1622 Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wir werden weiterhin der EU
1623 Einhalt gebieten, dieses bewährte System anzutasten.

1624 **Freie Berufe fördern**

1625 Freiberufler erbringen aufgrund ihrer besonders hohen
1626 Qualifikation ihre Leistung persönlich, eigenverantwortlich und
1627 fachlich unabhängig. Zu ihrem Kernprofil gehören ihre
1628 Professionalität, die Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl sowie
1629 strenge Selbstkontrolle und Eigenverantwortlichkeit. Deswegen
1630 stehen wir zum qualifikationsgebundenen Berufszugang, der
1631 Gewährleistung der bestehenden Kosten- und Honorarverordnungen
1632 sowie die Sicherung mittelstandsfreundlicher Vergabeverfahren für
1633 Architekten und Ingenieure.

1634 **Tourismus und Gastronomie stärken**

1635 Diese beiden Wirtschaftszweige haben eine besondere Bedeutung. Die
1636 Branche ist weitgehend mittelständisch geprägt. Wir wollen deshalb
1637 mehr Investitionen in den Tourismus tätigen und die
1638 gastronomischen Betriebe durch steuerliche Anreize und/oder
1639 regionale Wirtschaftsförderung unterstützen.

1640 **Förderung der öffentlichen Tourismusinfrastruktur**

1641 Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass der Tourismus in
1642 allen Regionen Deutschlands qualitativ hochwertige Angebote
1643 bereithalten kann. Eine gute Infrastruktur von Verkehrsanbindungen
1644 bis hin zu barrierefreien Freizeitangeboten sind wichtige Ziele,
1645 die wir verfolgen.

1646 **Erhalt der Genossenschaftsbanken und Sparkassen**

1647 Wir setzen uns für den Erhalt unseres bewährten deutschen Drei-
1648 Säulen-Banken-Modells ein. Gerade in Zeiten der Krise hat sich
1649 unsere Bankenstruktur für Sparer, Anleger und mittelständische
1650 Wirtschaft bewährt. Den wiederholten Versuchen der EU, die
1651 Struktur unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Frage zu
1652 stellen, erteilen wir eine klare Absage. Sparkassen und
1653 Genossenschaftsbanken dürfen nicht für dubiose Machenschaften von
1654 Großbanken in Haftung genommen werden.

1655 **Sicherung der Kreditversorgung für den Mittelstand**

1656 Kleinere und mittlere Unternehmen brauchen eine verlässliche
1657 Finanzierung, um investieren zu können und wirtschaftlichen Erfolg
1658 zu haben. Deshalb wollen wir die für den Mittelstand so wichtigen
1659 regional tätigen Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor
1660 überbordender Bankenregulierung schützen. Auch hinterfragen wir
1661 europäische Anreizprogramme, die für Krisenländer gut sein mögen,
1662 aber unserer Kreditversorgung hierzulande abträglich sind.

1663 **Bleiberecht für Flüchtlinge in Ausbildung**

1664 Wir wollen Planungssicherheit für die Wirtschaft und fordern, dass
1665 integrations- und leistungswillige Flüchtlinge ihre Ausbildung
1666 beenden und eine zweijährige Praxiszeit absolvieren können, ehe
1667 ihr Aufenthaltsstatus neu bewertet wird. Eine Ausbildung ist die
1668 beste Entwicklungshilfe.

1669 **Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt**

1670 Wir wollen dem Fachkräftemangel begegnen, indem wir möglichst
1671 umfassend die zu uns kommenden Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt
1672 integrieren. Hierfür sind maßgeschneiderte Aus- und
1673 Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit notwendig,
1674 die in enger Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern,
1675 den Handwerkskammern und den Unternehmen entwickelt werden müssen.

1676 **Für ein Einwanderungsgesetz**

1677 Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland im Zuge der
1678 Flüchtlingskrise, aber auch der enorme Fachkräftemangel in
1679 mehreren Branchen machen deutlicher denn je, dass wir klare Regeln
1680 für Einwanderung brauchen. Wir wollen deshalb in der kommenden
1681 Wahlperiode ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild
1682 verabschieden. Qualifizierte Arbeitsmigration ist für uns ein
1683 Gewinn, wenn sie richtig gestaltet wird. Unsere Wirtschaft braucht
1684 dringend Arbeitskräfte aus dem Ausland. Viele von ihnen sind gut
1685 ausgebildet und integrationswillig. Langzeitarbeitslose und

1686 Migranten der 2. und 3. Generation gilt es aber auch besser
1687 nachzuqualifizieren.

1688 **Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung**

1689 Die Bedeutung von Wissen für den Erfolg in allen Branchen ist
1690 wesentlich. Wir wollen beste Rahmenbedingungen schaffen, um die
1691 klugen Köpfe von morgen hervorzubringen, die wir in unserer
1692 zukünftigen Wissensökonomie benötigen. Außerdem müssen wir enorme
1693 Anstrengungen unternehmen, um in den Feldern der
1694 Spitzentechnologie Lücken aufzuholen oder die Marktführerschaft
1695 zu verteidigen. Forschung und Entwicklung muss ein großer
1696 Stellenwert eingeräumt werden.

1697 **Digitalisierung der Wirtschaft**

1698 Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind die kleinen und
1699 mittelständischen Unternehmen. Diese müssen bei der
1700 Digitalisierung der Wirtschaft mitgenommen werden, was viel zu
1701 wenig stattfindet. Wir wollen deshalb einen Sonderfonds für
1702 Beratungsleistungen einrichten.

1703 **Start-Up-Förderung**

1704 Wir wollen Deutschland zum Start-Up-Land machen. Breitflächiges
1705 Unternehmertum schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Die
1706 Bedingungen für Start-Ups sind in Deutschland nicht besonders gut.
1707 Viel Bürokratie und die fehlende Sicherheit, mit der eigenen
1708 Geschäftsidee langfristig Fuß zu fassen, stellen ein Problem dar.
1709 Dem wollen wir uns durch eine neue Start-Up-Förderinitiative
1710 annehmen.

1711 **Abwanderung von Spitzentechnologie verhindern**

1712 Wir wollen, dass Investitionen aus Nicht-EU-Staaten in nationale
1713 und europäische Unternehmen künftig einer stärkeren Kontrolle
1714 unterliegen. Industriepolitisch motivierte Übernahmen müssen
1715 künftig verhindert werden können, wenn dadurch eine Abwanderung

1716 unseres Know-hows die Folge ist.

1717 **Investitionskampagne für britische Unternehmen**

1718 Wir wollen, dass Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich sich
1719 in Deutschland ansiedeln, wenn sie aufgrund des bevorstehenden
1720 Austritts aus der EU Teile ihrer Unternehmen in andere EU-Staaten
1721 verlagern wollen. Eine entsprechende Kampagne wollen wir hierfür
1722 anstoßen.

1723 **Verpflichtende Betriebspraktika**

1724 Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass deutschlandweit an
1725 allen weiterführenden Schulen Betriebspraktika in Abstimmung mit
1726 den Unternehmen zum Standard werden. Der Mittelstand kann damit
1727 auch frühzeitig für sich als Arbeitgeber werben und mögliches
1728 hochqualifiziertes Personal für die Zukunft sichern.

1729 **Europäischen Patenschutz wieder sicherstellen**

1730 Wir wollen, dass der gefährdete Europäische Patenschutz wieder
1731 sichergestellt wird. Hierfür muss die Unabhängigkeit der
1732 Beschwerdekammern innerhalb des Europäischen Patentamts wieder
1733 hergestellt werden, die derzeit in der organisationsinternen
1734 Politik in Frage gestellt wird.

1735 **Wirtschaftsfaktor Flughäfen**

1736 Die Katastrophe des Berliner Flughafens BER mit seinen über fünf
1737 Milliarden Euro zeigt, welchen Stellenwert dieser wichtige
1738 Wirtschaftszweig in Deutschland hat. Neben dem privaten
1739 Flugverkehr stellt der gewerbliche Flugverkehr eine wichtige Säule
1740 der deutschen Infrastruktur und Wirtschaft dar. Daher stehen wir
1741 für einen neuen Deutschlandplan für den Wirtschaftsfaktor
1742 Flughäfen. Der Ausbau und die Vernetzung der bestehenden Flughäfen
1743 an öffentliche Verkehrsmittel stehen hier im Fokus.

1744 **III. Unsere Landwirtschaft fördern**

1745 *Wir halten eine eigentumsorientierte, nachhaltige Land- und*
1746 *Forstwirtschaft sowie die Teichwirtschaft und die an Grund und*
1747 *Boden gebundene Jagd für die Grundvoraussetzungen eines*
1748 *lebensfähigen und lebenswerten ländlichen Raums, der Heimat*
1749 *für alle bietet. Alle Bereiche stellen nicht nur die Versorgung*
1750 *der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern*
1751 *erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und*
1752 *umweltbezogene Aufgaben. Gerade die Landwirtschaft zählt zur*
1753 *tragenden Säule der erneuerbaren Energien und bietet bis hin zum*
1754 *Tourismus auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen.*

1755 *Wir sprechen uns für ein agro-gentechnikfreies Deutschland und*
1756 *Europa aus, da Risiken weder ausreichend erforscht noch*
1757 *abschätzbar sind. Die Bürger als Verbraucher sind mehrheitlich*
1758 *gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel. Wir wollen den*
1759 *Bürgerwillen auch in diesem Bereich ernstnehmen und keine*
1760 *Kompromisse mit Gentechnik-Konzernen eingehen. Wir stehen für*
1761 *Planungssicherheit und somit für eine gesicherte Zukunft für die*
1762 *bäuerliche Landwirtschaft.*

1763 **Vielfalt erhalten - regionale Strukturen stärken**

1764 *Patente auf Tiere und Pflanzen lehnen wir ebenso ab wie eine*
1765 *gesetzliche Verpflichtung auf ausschließliche Verwendung*
1766 *patentierten Saatguts.*

1767 *Das Bauernhofsterben steigt kontinuierlich. Die Anzahl der*
1768 *Betriebe mit industriellen Strukturen steigt. Wir wollen die*
1769 *Vielfalt der Landwirtschaft und bestehende Kulturlandschaften*
1770 *erhalten. Wir treten für eine Förderung des ländlichen Raums ein.*
1771 *Wir wollen familiäre und regionale Strukturen erhalten, stärken*
1772 *und ausbauen. Regionale Spezialitäten, besondere*
1773 *Bewirtschaftungsweisen und regionale Verarbeitung sind auch ein*
1774 *Stück gelebtes Kulturgut, das es weiterhin zu fördern gilt. Der*

1775 Paragraph 13a des Einkommenssteuergesetzes muss für den
1776 Fortbestand der kleinbäuerlichen Strukturen erhalten bleiben.

1777 **Vorsorgeprinzip sichern**

1778 Wir wollen auch weiterhin gewährleisten, dass risikobehaftete
1779 Produkte, wie hormonbehandeltes Rindfleisch, von unserem Markt
1780 fernbleiben. Gefahren müssen erst vollständig ausgeschlossen
1781 werden können, ehe Nahrungsmittel auf unseren Markt kommen dürfen.

1782 **Agro-gentechnikfreies Deutschland und Europa**

1783 Solange die Risiken der Gentechnik nicht ausgeschlossen werden
1784 können, werden wir uns gegen den Einsatz in der Landwirtschaft
1785 stellen. Dazu gehört auch das Klonen von Tieren. Gleichwohl halten
1786 wir es für wichtig, auf diesem Gebiet weiter zu forschen. Wir
1787 brauchen Innovationen, um die Lebensmittelknappheit bei einer
1788 rasant steigenden Weltbevölkerung zu verhindern.

1789 **Konventionelle Forschung stärken**

1790 Wir sehen einen großen Bedarf, konventionelle Züchtungsmethoden
1791 wieder stärker in den Fokus der Forschung zu nehmen, etwa im
1792 Bereich der Öl- und Proteinpflanzen. Auch muss der Wissenstransfer
1793 von der Forschung hin zur landwirtschaftlichen Praxis schneller
1794 und zielgerichteter erfolgen. Über ein europäisches Netzwerk der
1795 staatlichen Agrarforschungseinrichtungen der Mitgliedstaaten
1796 können wir einen neuen Hebel ansetzen, um gemeinsam zu neuen
1797 Erkenntnissen zu kommen und diese schneller zugänglich zu machen.

1798 **Tiergerechte Haltung**

1799 Eine Weiterentwicklung der Tierhaltungsbedingungen wird von uns
1800 nachdrücklich unterstützt. Allerdings darf dies nicht zu einer
1801 weiteren Benachteiligung bäuerlich geführter Betriebe gegenüber
1802 großen, gewerblich strukturierten Anlagen führen. Eine
1803 Verbesserung der Haltungsbedingungen und wirtschaftlicher Erfolg
1804 bäuerlicher Strukturen dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen.

1805 Spezielle Begleitung durch Wissenschaft und Fördersysteme müssen
1806 auch kleineren tierhaltenden Betrieben, insbesondere in
1807 naturräumlich benachteiligten Regionen, Perspektiven in die
1808 Zukunft eröffnen.

1809 **Energieproduktion erhalten**

1810 Die Balance zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion auf
1811 landwirtschaftlichen Flächen muss weiterhin gewährleistet sein.
1812 Biosprit darf durch Besteuerung nicht die Wettbewerbsfähigkeit
1813 genommen werden. Eine Überförderung einzelner Produktionsbereiche
1814 lehnen wir ab. Forschung und Entwicklung im Bereich der Verwertung
1815 von Reststoffen, der Steigerung der Effizienz der bestehenden
1816 Anlagen und der Energiespeichermöglichkeiten wollen wir
1817 vorantreiben.

1818 **Land- und Forstwirtschaftliche Flächen schützen**

1819 Pro Tag gehen in Deutschland bis zu 100 Hektar landwirtschaftliche
1820 Anbaufläche verloren. Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind
1821 ein kostbares und knappes Gut. Aus diesem Grund lehnen wir
1822 politische Vorgaben zur Stilllegung von land- und
1823 forstwirtschaftlichen Nutzflächen ab. Für einen Hektar versiegelte
1824 landwirtschaftliche Nutzfläche werden bis zu sieben Hektar weitere
1825 Nutzfläche als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme herangezogen. Der
1826 Umgang mit Ausgleichsmaßnahmen muss in diesem Bereich
1827 nutzungsintegrierte Projekte bevorzugen, die keinen kompletten
1828 Ausfall der land- und forstwirtschaftlichen Produktion zur Folge
1829 haben. Der sorgsame Umgang mit der wertvollen Ressource „Boden“
1830 soll zur Grundlage der Planung bei Siedlungs- und
1831 Infrastrukturmaßnahmen werden.

1832 **Bauernland in Bauernhand - Spekulationen eindämmen**

1833 Der Rückgang landwirtschaftlicher Nutzflächen hat die Konkurrenz
1834 um den knappen Boden in Deutschland erhöht. Die Existenz der
1835 bäuerlichen Familienbetriebe gerät damit immer stärker unter

1836 Druck. Wir sprechen uns gegen weitere Spekulationen mit
1837 außerlandwirtschaftlichem Kapital um Grund und Boden aus.
1838 Bestehenden Betrieben aus der Region ist Vorrang einzuräumen.

1839 **Landwirtschaft bei Freihandelsabkommen schützen**

1840 Unsere Landwirtschaft darf nicht der Verlierer künftiger
1841 Handelsabkommen wie CETA und TTIP werden. Aufgrund unserer hohen
1842 Standards ist sie in vielen Bereichen, wie etwa der
1843 Fleischproduktion, anderen Ländern im Preiswettbewerb unterlegen.
1844 Ihre Existenz darf dadurch nicht bedroht werden.

1845 **Neue Märkte für die Landwirtschaft erschließen**

1846 Der internationale Handel kann auch neue Chancen für unsere
1847 Landwirtschaft bedeuten. Mit qualitativ hochwertigen Produkten wie
1848 Bieren, Weinen, Käse oder Spirituosen lassen sich international
1849 gute Preise erzielen. Dies wollen wir weiterhin fördern, ohne die
1850 Märkte in den Entwicklungsländern zu gefährden.

1851 **Stärkung und Absicherung von landwirtschaftlichen Märkten**

1852 In den letzten zwei Jahren hat die Volatilität der Märkte in
1853 wesentlichen Sektoren wie Milchprodukten, Schweinefleisch,
1854 Rindfleisch sowie Obst und Gemüse weiter zugenommen. Umso
1855 wichtiger ist es, diese Märkte abzusichern und insbesondere die
1856 Rolle der Landwirte in der Wertschöpfungskette zu stärken. Dazu
1857 gehören unter anderem ein effektives Risikomanagement zur
1858 Kompensation von großen Ertragsausfällen, die Beseitigung von
1859 unfairen Handelspraktiken und ein Anrecht von Mindestregularien
1860 bei der Vertragsgestaltung. Die Marktmacht von Handelsketten ist
1861 im Verhältnis zu den Erzeugern zu groß. Hier muss die Politik
1862 durch ein starkes Kartellrecht gegensteuern. Neben der
1863 Bereitstellung von Sicherheitsnetzen, wie den EU-Hilfspaketen im
1864 Milchsektor, gilt es aber auch, die Eigenverantwortung von
1865 Landwirten zu fördern. In diesem Zusammenhang fordern wir eine

1866 erhöhte Markttransparenz sowie eine Stärkung von
1867 Erzeugergemeinschaften.

1868 **Regionale Wertschöpfung stärken**

1869 Wir wollen durch die Förderung von Direktvermarktung den Kauf
1870 regional produzierter Produkte unterstützen. Dabei gilt es die
1871 Marktposition der Bauern zu stärken. So bleibt die Wertschöpfung
1872 in der Region und die bäuerliche Landwirtschaft erhält eine echte
1873 Zukunftsperspektive. Die kurzen Wege zwischen Produzenten und
1874 Verbrauchern schützen zudem unser Klima.

1875 **Durchleitungsentschädigung und dauerhafte Nutzungsgebühr für Land-
1876 und Forstwirtschaft**

1877 Wir fordern eine faire und dauerhafte Vergütung aller Eigentümer,
1878 die ihre Flächen für den bundesweiten Netzausbau zur Verfügung
1879 stellen. Betroffene Kommunen erhalten regelmäßige Geldzahlungen,
1880 Netzbetreiber profitieren von überdurchschnittlichen Renditen. Ein
1881 einmaliges „Abspeisen“ der Grundstückseigentümer ist ungerecht und
1882 wird von uns abgelehnt. Naturschutzrechtlicher Ausgleich muss bei
1883 ökologischen Maßnahmen ausgeschlossen werden.

1884 **Einblicke gewähren - Verständnis erzeugen**

1885 Keine Branche neben der Landwirtschaft unterliegt einem ähnlichen
1886 Kontrollaufkommen und ist vergleichbaren Anfeindungen ausgesetzt.
1887 Keine Branche muss sich vergleichbar für ihr Handeln rechtfertigen
1888 und ist derartig transparent. Wir brauchen eine Intensivierung
1889 des Dialoges zwischen Bürger und Landwirt. Der „Keil“ zwischen
1890 Landwirtschaft und Verbrauchern muss entfernt werden. Wir wollen
1891 die Öffentlichkeitsarbeit der Landwirtschaft stärken und fordern
1892 die Einrichtung und Förderung von Kommunikationsplattformen.
1893 Wissenschaftlich unabhängigen, fachlichen Erkenntnissen muss
1894 gegenüber Mutmaßungen und Panikmache von Ideologen Vorrang,
1895 Anerkennung und Akzeptanz eingeräumt werden.

1896 **Dezentralisierung der europäischen Agrarpolitik**

1897 Die EU ist zu groß und zu komplex geworden, so dass gerade in der
1898 Landwirtschaftspolitik viele starre und bis ins Detail
1899 zentralisierte Regeln aus Brüssel kommen, die von Portugal bis
1900 Finnland und von Zypern bis Irland gelten. Diese Einheitspolitik
1901 ist nicht mehr praxisnah und wird der Vielfalt der europäischen
1902 Landwirtschaft nicht mehr gerecht. Wir brauchen hier wieder mehr
1903 regionale Gestaltungsspielräume.

1904 **Chancengerechtigkeit**

1905 In den Regionen, in denen erschwerte Bewirtschaftungsbedingungen
1906 herrschen, wollen wir die Landwirte angemessen unterstützen. Sie
1907 müssen trotz ihrer schwierigeren Ausgangsbedingung die Möglichkeit
1908 haben, ihre Existenz zu sichern. Wettbewerbsverzerrungen durch
1909 Regelungen einzelner Bundesländer müssen vermieden werden.

1910 **Nachhaltige Waldbewirtschaftung – Schützen durch Nützen**

1911 Wir wollen neue Anreize für eine nachhaltige Waldwirtschaft
1912 schaffen, damit unsere Wälder dauerhaft genutzt und vor
1913 ideologischen Eingriffen geschützt werden. Dies muss in enger
1914 Zusammenarbeit mit Waldbesitzern, Jägern und Förstern geschehen.
1915 Hierfür braucht es auch weiterhin eine Unterstützung und Förderung
1916 der Forstzusammenschlüsse als Selbsthilfeeinrichtungen der
1917 Waldbesitzer durch forstliche Beratung und Förderung. Weitere
1918 großflächige Waldstilllegungen sehen wir äußerst kritisch.

1919 **Nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände ermöglichen**

1920 Die Gemeinsame Fischereipolitik muss gewährleisten, dass Fischerei
1921 und Teichwirtschaft umweltverträglich, langfristig rentabel und
1922 sozial tragbar sind und dabei gesunde Nahrungsmittel für die
1923 Bürgerinnen und Bürger liefern. Die Fischerei in Deutschland ist
1924 ein traditioneller Bestandteil von Wirtschaft und Kultur an der
1925 Küste sowie an Flüssen, Seen und Teichen in ländlichen Räumen. Wir
1926 unterstützen daher eine gezielte Förderung der Teichwirtschaft.

1927 Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass die Grundprinzipien der
1928 Fischereipolitik wie das Rückwurfverbot, die Anlandeverpflichtung
1929 und das Prinzip des nachhaltigen Dauerertrags durch eine
1930 kontinuierliche Verbesserung der Datenerhebung flankiert werden.
1931 Denn nur belastbare Daten bieten eine verlässliche Grundlage für
1932 ein ausbalanciertes Verhältnis zwischen einem Schutz der Bestände
1933 und der Existenzsicherung des Sektors.

1934 **Grundwissen über Nahrungsmittel weitergeben**

1935 In der modernen Gesellschaft sind Bezug zu und Verständnis für die
1936 Landwirtschaft kaum noch vorhanden. Verbraucher wissen nicht, wie
1937 Nahrungsmittel produziert und die Rohstoffe dafür erzeugt werden.
1938 Es herrscht eine weit verbreitete Unkenntnis, wie moderne
1939 Landwirtschaft und Tierhaltung funktioniert. Wir fordern das
1940 Schulfach Lebenskunde zum Zweck einer Grundbildung für
1941 Lebensmittel und Nahrung ab dem Kindergarten. Landwirtschaft,
1942 Tiere und Tierhaltung muss auch als Pflichtthema in Lehrplänen
1943 verankert werden. Dazu müssen Besuche bei landwirtschaftlichen
1944 Betrieben und den nachgelagerten Produktionen im Schulunterricht
1945 verpflichtend eingeführt werden. Wir fordern außerdem eine
1946 stärkere Förderung der Erwachsenenbildung in den Bereichen
1947 Lebensmittel, Nahrung und Landwirtschaft.

1948 **Echtes Wolfsmanagement und angemessener Schadenausgleich**

1949 Eine weitere unkontrollierte Ausbreitung des Wolfes in Deutschland
1950 gefährdet die Existenz von Tierhaltern und somit letztlich auch
1951 die Kulturlandschaften, die Deichsicherheit und die Pflege ganzer
1952 Naturschutzgebiete. Daher fordern wir die Vertreibung von Wölfen
1953 aus besiedelten Gebieten und ihre gezielte Bejagung in der Nähe
1954 beweideter Flächen. Der Einsatz von Gummigeschossen soll dabei
1955 eine geeignete Maßnahme darstellen. Wir fordern ein echtes
1956 Management, das eine effektive Kontrolle und Abwehr der Wölfe
1957 ermöglicht. Dazu zählt letztlich auch der gezielte Abschuss

1958 einzelner auffälliger Tiere, um die Weidetiere in der offenen
1959 Weidelandschaft effektiver schützen zu können. Ausgleichszahlungen
1960 müssen die Schäden durch Wölfe in voller Höhe kompensieren.

1961 **IV. Spitzenniveau am Bildungsstandort Deutschland**

1962 *Neben schulischer Bildung sind berufliche und akademische Aus-*
1963 *und Weiterbildung in Zeiten des drohenden Fachkräftemangels in*
1964 *vielen Branchen wichtiger denn je. Wir fordern deshalb genügend*
1965 *Lehrer an Schulen und mehr wissenschaftliches Personal an den*
1966 *Hochschulen, damit der Lehrbetrieb sichergestellt werden kann.*
1967 *Zudem setzen wir uns für die Gleichwertigkeit von beruflicher und*
1968 *akademischer Bildung ein. Eine höhere Durchlässigkeit beider*
1969 *Systeme ermöglicht jedem Einzelnen, den für ihn besten Weg zu*
1970 *finden und Talente zielgerichtet zu fördern. Außerdem muss unser*
1971 *Bildungssystem praxisbezogener werden und besser auf den*
1972 *beruflichen Alltag vorbereiten.*

1973 **Frühkindliche Bildung stärken**

1974 Frühkindliche Bildung wirkt sich nachhaltig positiv auf die
1975 zukünftigen Bildungs- und Lernprozesse unserer Kinder aus und
1976 trägt maßgeblich dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen. In den
1977 ersten Lebensjahren bis zum Grundschuleintritt wird die Basis für
1978 die Entwicklungs- und Bildungschancen unserer Kinder gelegt.

1979 **Gleiche Chancen für alle Kinder**

1980 Wir wollen eine bundesweite Bildungspolitik, bei der alle Kinder
1981 unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ihre Fähig- und Fertigkeiten
1982 ausbilden können, um später ihr Lebensglück zu finden.

1983 **Kostenfreie Kinderbetreuung und Bildung**

1984 Wir wollen die kostenfreie Kinderbetreuung und Bildung in hoher
1985 Qualität in ganz Deutschland. Damit muss die Vereinbarkeit von
1986 Familie und Beruf gewährleistet und den Kindern die besten

1987 Voraussetzungen gegeben werden, um sich zu entwickeln.

1988 **Bundeseinheitliche Erzieher-Ausbildung**

1989 Wir wollen eine pädagogisch hochwertige Betreuung in Deutschland
1990 sicherstellen. Die Grundvoraussetzungen dafür sind einheitliche
1991 Ausbildungsinhalte sowie -vorgaben für gut ausgebildetes und
1992 angemessen bezahltes Personal.

1993 **Ausbau der kostenfreien Ganztagschulen**

1994 Wir wollen den Ausbau von Ganztagschulen bundesweit vorantreiben,
1995 um unser Bildungssystem mit pädagogisch hochwertigen Angeboten
1996 weiter auszustatten und zugleich die Vereinbarkeit von Familie
1997 und Beruf herzustellen.

1998 **Ende des Kooperationsverbots im Schulbereich**

1999 Wir wollen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im
2000 Schulbereich beseitigen. Nur so können Zukunftsaufgaben wie
2001 Ganztagschule deutschlandweit vorgebracht werden. Beim Ausbau
2002 von Ganztagsangeboten sind wir für einen Vorrang von offenen vor
2003 gebundenen Ganztagschulen. Dabei sollen Bundesmittel aber nur
2004 projektbezogen gewährt werden, sodass dadurch die vorhandenen
2005 Schulstrukturen der Bundesländer selbst nicht beeinflusst werden.

2006 **Bundesweit einheitlicher Bildungsstandard**

2007 Die Angleichung der bundesweiten Bildungsstandards wollen wir mit
2008 dem langfristigen Ziel vorantreiben, die Zersplitterung des
2009 Schulsystems zu überwinden und überall in Deutschland
2010 gleichwertige Strukturen und Lernbedingungen auf höchstem Niveau
2011 zu schaffen.

2012 **Kleinere Klassen, mehr Lehrer**

2013 Wir wollen möglichst kleine Klassen in allen Schularten, damit
2014 die Lehrer mehr Zeit haben, auf die individuellen Bedürfnisse der
2015 Schüler eingehen zu können. Klassen dürfen nicht größer als 25

2016 Schüler sein. Jede Schule muss größtmögliche Freiheit bei der
2017 Ausgestaltung ihrer Unterrichts- und Organisationsstruktur haben.

2018 **Inklusion an Schulen umsetzen**

2019 Wir wollen, dass alle Kinder eine gleichberechtigte und
2020 uneingeschränkte Teilhabe an allen Aktivitäten des schulischen
2021 Lebens erhalten. Inklusion ist eine große Zukunftsherausforderung,
2022 die bundesweit an den Schulen umgesetzt werden muss. Wir müssen
2023 aber realistisch bleiben. Die Qualität des Unterrichts darf nicht
2024 unter neuen Zusatzaufgaben der Lehrer leiden. Inklusion wird nur
2025 erfolgreich sein, wenn Sozialpädagogen in ausreichendem Umfang zur
2026 Verfügung stehen. Dies muss zuallererst sichergestellt sein.

2027 **Klares Bekenntnis zu G9**

2028 Wir wollen bundesweit flächendeckend zurück zum neunjährigen
2029 Gymnasium. Das neunjährige Gymnasium bietet mehr Zeit zum Lernen
2030 und mehr Freiraum zur persönlichen Entfaltung.

2031 **Aufwertung der beruflichen Bildung**

2032 Wir wollen die berufliche Bildung aufwerten. Das duale
2033 Ausbildungssystem hat sich über Jahrzehnte bewährt. Hervorragend
2034 ausgebildete Facharbeiter sind die Basis unserer Wirtschaft. Wir
2035 wollen, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik
2036 wieder aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt
2037 und deutlich stärker gefördert wird als bisher.

2038 **Lebenslanges Lernen fördern**

2039 Um in der schnelllebigen Welt Schritt halten zu können, kommt dem
2040 lebenslangen Lernen eine immer wichtigere Bedeutung zu. Die
2041 Weiterbildung ist notwendig, um neue Erkenntnisse aus der
2042 Wissenschaft und neue Trends aus Wirtschaft und Gesellschaft zu
2043 verinnerlichen. Dies zu fördern ist entscheidend, um Deutschland
2044 als Standort mit hochqualifiziertem Spitzenpersonal zu stärken.

2045 **Unbürokratisches, elternunabhängiges BAföG**

2046 Wir wollen, dass Studierende als eigenständige Menschen
2047 wahrgenommen werden und unabhängig von der finanziellen Situation
2048 ihrer Eltern bei ihrer Ausbildung gefördert werden. Damit wird
2049 einerseits viel Bürokratie abgebaut, weil die unübersichtlichen
2050 Anrechnungs- und Nachweisverfahren der Einkünfte der Eltern
2051 wegfallen. Andererseits erhalten dadurch Studierende aus der
2052 breiten Mittelschicht faire Chancen und soziale Sicherheit während
2053 ihrer Ausbildung. Sie können sich wieder vollständig auf ihr
2054 Studium konzentrieren.

2055 **Zurück zum Diplom-Studiengang**

2056 Wir wollen wieder Diplomstudiengänge als Alternative zu
2057 Bachelorstudiengängen ermöglichen. Sie stellen nämlich eine
2058 wichtige Ergänzung des Studienangebots dar, da sie sich durch
2059 einen hohen Anteil praktischer Einheiten und anwendungsbezogenen
2060 Lerninhalten auszeichnen. Damit erfüllen sie in hohem Maße die
2061 Erwartungen der Wirtschaft an einen berufsqualifizierenden
2062 Abschluss für anspruchsvolle Aufgaben. Das deutsche Diplom genießt
2063 international hohe Anerkennung und ist ein Gütesiegel für hohe
2064 Qualität.

2065 **Breit zugängliches Stipendiensystem**

2066 Die bisherigen Bemühungen, flächendeckend erfolgsversprechende
2067 Stipendiensysteme zu etablieren, sind gescheitert. Das
2068 Deutschlandstipendium ist selbst zum Bürokratiemonster verkommen,
2069 da 40 Prozent der Bundesmittel 2013 nur für die Verwaltungskosten
2070 aufgewandt wurden. Wir wollen deshalb eine grundlegende Reform
2071 und eine strategisch sinnvolle Koordinierung der verschiedenen
2072 angebotenen Stipendien in Deutschland.

2073 **Teilzeitstudiengänge fördern**

2074 Damit die Menschen auch berufsbegleitend oder neben der Familie
2075 zu ihrem Studienabschluss kommen können, wollen wir die

2076 Voraussetzungen für Teilzeitstudiengänge verbessern.

2077 **Europäisches Erasmusprogramm fördern**

2078 Wir wollen das europäische Erasmus-Programm mit ausreichend
2079 Mitteln ausstatten, damit möglichst allen Bewerbern ein
2080 Auslandsaufenthalt im Studium finanziert werden kann. Dies stärkt
2081 den europäischen Geist und bringt unseren Studenten einen echten
2082 europäischen Mehrwert.

2083 **V. Infrastruktur neu denken**

2084 *Wir stehen für die Bereitstellung einer leistungs- und*
2085 *zukunftsfähigen Infrastruktur als Grundvoraussetzung und*
2086 *Impulsgeber einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung.*
2087 *Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind*
2088 *leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft*
2089 *unerlässlich, egal ob auf der Schiene, auf der Straße, zu Wasser*
2090 *oder in der Luft. Wir wollen kluge, dezentrale Lösungen anstatt*
2091 *überdimensionierter Großprojekte. Neben gut ausgebauten*
2092 *Verkehrswegen und einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung*
2093 *sehen wir die größte Herausforderung in einer flächendeckenden*
2094 *Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsinternet in ganz Deutschland.*
2095

2096 **Elektromobilität und autonome E-Busse fördern**

2097 Die Elektromobilität muss weiter und schneller ausgebaut werden.
2098 Auch seltene Erden sind nicht unbegrenzt als Ressourcen vorhanden.
2099 Daher müssen wir weiter in neue Speichermedien forschen und
2100 entsprechendes Recycling aufbauen. Die Mobilität der Zukunft muss
2101 neu gedacht werden. Es müssen Hürden für Sharing-Modelle abgebaut
2102 werden. Emissionsfreie Mobilität steigert gerade in den Städten
2103 die Lebensqualität. Elektrobusse im öffentlichen
2104 Personennahverkehr können hierbei einen wichtigen Beitrag leisten.

2105 Wir wollen Forschungsanstrengungen in diesem Bereich unterstützen.

2106 **Verhinderung der geplanten Maut**

2107 Wir wollen das von der Großen Koalition geplante Maut-Gesetz
2108 verhindern. Es wurde mit der Aussage angekündigt, dass Inländer
2109 nicht zusätzlich belastet werden und unsere Verkehrsinfrastruktur
2110 nachhaltig finanziert werden könne. Beides entpuppt sich nach der
2111 Einigung mit der EU-Kommission als Unwahrheit: Es wird eine
2112 Umweltmaut ohne Ungleichbehandlung, deren Bürokratie die Einnahmen
2113 fast vollständig auffressen wird.

2114 **Mautfreies Europa**

2115 Unser Ziel ist es, dass die Bürger in ganz Europa freie Fahrt
2116 haben. Wir wollen deshalb ein mautfreies Europa für den privaten
2117 Verkehr. Die für das europäische Verkehrsnetz relevanten Straßen
2118 müssen deshalb eine Gemeinschaftsaufgabe werden.

2119 **Privatisierung unserer Straßen stoppen**

2120 Die von der Großen Koalition geplante Infrastrukturgesellschaft
2121 lehnen wir ab. Sie ist gemeinsam mit der Maut der Einstieg in die
2122 Privatisierung unserer Bundesfernstraßen. Zudem werden hierdurch
2123 den Ländern die Kompetenzen genommen, sich um die
2124 Bundesfernstraßenabschnitte auf ihrem eigenen Gebiet zu kümmern.
2125 Wie bereits öffentlich-private Infrastrukturprojekte zeigen,
2126 kommt dem Bürger der Schritt der Privatisierung durch die damit
2127 verbundenen höheren Kosten am Ende teuer zu stehen.

2128 **Bundesweite Investitionsoffensive**

2129 Wir brauchen gewaltige Investitionen in unsere maroden Straßen
2130 und Brücken. Eine Investitionsoffensive soll eine mehrjährige
2131 planbare Finanzierung ermöglichen und somit die Infrastruktur aus
2132 den jährlichen Haushaltsverhandlungen herausnehmen.

2133

2134 **Intelligenter Straßenbau**

2135 Intelligente Lückenschlüsse von Straßenbaumaßnahmen vor neuen
2136 Verkehrsschneisen und Prestigevorhaben - das ist unsere
2137 Vorstellung der Verkehrsinfrastruktur von morgen.

2138 **Keine Nummernschilderkennung auf deutschen Straßen**

2139 Wir wollen keine flächendeckende Nummernschilderkennung auf
2140 deutschen Straßen. Dieser Eingriff in die informationelle
2141 Selbstbestimmung ist unverhältnismäßig. Zur Erhebung von Maut-
2142 Gebühren dürfen solche Systeme nicht herangezogen werden.

2143 **Intelligente Verkehrssteuerung**

2144 Wir wollen den Ausbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen
2145 vorantreiben. Im Sinne eines effizienten Verkehrsmanagements
2146 wollen wir so den Verkehrsfluss an stark belasteten
2147 Autobahnabschnitten verbessern.

2148 **Verlagerung des Güterverkehrs**

2149 Wir wollen Anreize schaffen, um den Güterverkehr auf
2150 klimafreundlichere Verkehrswege wie Schiene und Wasserstraßen zu
2151 verlegen.

2152 **Kein generelles Tempolimit auf Autobahnen**

2153 Wir stellen uns gegen Forderungen, ein generelles Tempolimit auf
2154 Autobahnen einzuführen. Im Vergleich zu anderen Ländern mit
2155 generellen Geschwindigkeitsbegrenzungen erweisen sich die
2156 deutschen Autobahnen laut Unfallstatistik als äußerst sicher.

2157 **Lärmschutz gewährleisten**

2158 Eine gute Infrastrukturpolitik muss auch die Akzeptanz der Bürger
2159 berücksichtigen. Gesundheitsschädlicher und für das Wohlbefinden
2160 nicht zumutbarer Lärm im Umfeld von Flughäfen, Straßen und
2161 Schienen ist Angelegenheit der Allgemeinheit und muss im Sinne
2162 der betroffenen Bürger reduziert werden.

2163 **Barrierefreiheit**

2164 Unsere Infrastruktur muss für alle Bürger zugänglich sein. Wir
2165 unterstützen deshalb insbesondere den barrierefreien Ausbau der
2166 Bahnhöfe und -halte sowie des öffentlichen Personennahverkehrs in
2167 den Kommunen. Wir wollen auch ein Förderprogramm für den Ausbau
2168 von öffentlichen und privaten Flächen.

2169 **Fehlplanungen verhindern**

2170 Wir wollen bei Infrastrukturvorhaben eine effizientere Überprüfung
2171 der Planungen und Kostenrisiken, um künftig Fehlplanungen wie bei
2172 dem Milliardengrab des Berliner Flughafens BER ausschließen zu
2173 können. Hier müssen auch schärfere Haftungen eingeführt werden.

2174 **Zuverlässige, dezentrale Energieversorgung**

2175 Die Wirtschaft braucht eine stabile, kostengünstige und
2176 nachhaltige Energieversorgung. Wir stehen für eine dezentrale
2177 Energiegewinnung aus regenerativen Quellen, bei der die
2178 Wertschöpfung so weit wie möglich in den Regionen verbleibt.

2179 **Stromtrassen wieder in öffentlicher Hand**

2180 Wir wollen die Höchstspannungsnetze zurück in die öffentliche Hand
2181 holen, um vollständig staatlich kontrolliert die Zukunftsfragen
2182 des Netzausbaus beantworten zu können.

2183 **Förderung erneuerbarer Energien erhalten**

2184 Wir stehen hinter dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit
2185 garantierten Vergütungssätzen einschließlich einer Begrenzung
2186 nach oben. Das schafft Planungssicherheit für Investitionen in
2187 eine nachhaltige Energiegewinnung. Dank dieser Anreize konnte sich
2188 Deutschland zu einem globalen Technologieführer in diesem Bereich
2189 entwickeln.

2190 **Gigabit-Offensive**

2191 Wir wollen den industriellen Mittelstand beim Zugang zu schnellem

2192 Internet unterstützen. Bis 2021 wollen wir jedem Unternehmen einen
2193 Gigabit-Breitbandanschluss (mindestens 1.000 Mbit/s) ermöglichen.
2194 Ein entsprechendes Förderprogramm soll die Unternehmen bei den
2195 dafür erforderlichen Investitionen stark entlasten.

2196 **Schnelles Internet für jeden Haushalt**

2197 Die verfügbare Internetgeschwindigkeit ist heute ein wichtiger
2198 Standortfaktor. Doch gerade die ländlichen Gebiete hinken beim
2199 Ausbau hinterher. Wir wollen das Breitbandförderprogramm des
2200 Bundes aufstocken und den Fördersatz erhöhen. Mittelfristiges Ziel
2201 bis 2030 muss ein Glasfaseranschluss in jedem Haushalt sein.

2202 **Familie & Ehe**

2203 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2021:**

2204

2205 - **Familien bei Erziehung und Pflege unterstützen**

2206 - **Ende der ideologischen Homo-Ehe-Debatte**

2207 - **Förderung der Jugend- und Vereinsarbeit**

2208

2209 *Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Bereiche, die*
2210 *die sie selbst regeln kann, darf der Staat nicht antasten. Dabei*
2211 *sind die Erziehung und Sorge für die heranwachsende Generation das*
2212 *natürliche Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der*
2213 *Sorgeberechtigten. Der Staat soll sie bei der Kindererziehung*
2214 *unterstützen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die*
2215 *Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können.*

2216 *Unsere Wertvorstellung zu Ehe und Familie wird in der Gesellschaft*
2217 *von der großen Mehrheit der Bevölkerung aktiv gelebt. Deswegen*
2218 *können wir abweichenden Lebensentwürfen, wie homosexuellen*
2219 *Partnerschaften, gelassen und mit Akzeptanz begegnen. Auf Basis*
2220 *des Grundgesetzes und der einfachen Gesetze kann jeder Mensch in*
2221 *unserer freiheitlichen Gesellschaft seine sexuelle Orientierung*
2222 *nach seinen Überzeugungen leben.*

2223 *Wir halten es für wichtig, Kinder und Jugendliche während ihres*
2224 *Erwachsenwerdens zur Seite zu stehen und sie auf unsere immer*
2225 *komplexer werdende Welt mit ihren neuen Herausforderungen und*
2226 *Gefahren vorzubereiten. Den Gedanken eines solidarischen*
2227 *Zusammenlebens wollen wir ihnen vermitteln.*

2228 **I. Familien fördern, Ehe schützen**

2229 *Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unser erklärtes*
2230 *politisches Ziel. Noch immer haben Frauen, bedingt durch nicht*
2231 *kontinuierliche Erwerbsbiographien, ein höheres Armutsrisiko*

2232 *im Alter. Unser gemeinsames Ziel ist es deshalb, deutschlandweit*
2233 *Schritt für Schritt eine kostenfreie Kinderbetreuung zu*
2234 *organisieren.*

2235 **Verpflichtendes kostenfreies Kindergartenjahr**

2236 Wir wollen, dass Kinder vor ihrer Einschulung bundesweit ein Jahr
2237 lang verpflichtend in den Kindergarten gehen. Dies schafft
2238 Chancengerechtigkeit und ermöglicht einen fließenden Übergang vom
2239 Kindergarten in die Schule.

2240 **Familien bei Erziehung und Pflege unterstützen**

2241 Wir wollen, dass Familien angemessen bei der Erziehung von Kindern
2242 und der Pflege von chronisch kranken Kindern und weiteren
2243 Angehörigen unterstützt werden. Ihnen dürfen keine Nachteile bei
2244 der Rentenberechnung erwachsen, wenn sie sich für ihre Nächsten
2245 aufopfern.

2246 **Familiengerechte Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme**

2247 Wir wollen, dass Familien mit Kindern steuerlich entlastet werden.
2248 Deswegen wollen wir im Sinne eines Familiensplittings erreichen,
2249 dass die Freibeträge für Kinder auf das Niveau der Erwachsenen
2250 angehoben werden.

2251 **Familienfreundliche Arbeitsbedingungen**

2252 Uns ist wichtig, dass Eltern Zeit für ihre Kinder haben und sie
2253 das Großziehen neben dem Beruf nicht überbelastet. Wir wollen
2254 deshalb gemeinsam mit der Wirtschaft dafür sorgen, dass attraktive
2255 Arbeitszeitmodelle, Telearbeit und Betriebskindergärten
2256 flächendeckender eingerichtet werden.

2257 **Familienfreundliche Karriereplanung**

2258 Wir wollen, dass Beschäftigte während der Familienphase auch
2259 Weiterbildungsmöglichkeiten wahrnehmen können, um vor allem einen

2260 Wiedereinstieg in den Berufen zu erleichtern, in denen sich Wissen
2261 und Fachkenntnisse schnell verändern.

2262 **Homo-Ehe-Debatte beenden**

2263 Bei der Öffnung der Ehe handelt es sich nach unserer Auffassung
2264 um eine Gewissensentscheidung, die wir im Bundestag im dafür
2265 üblichen Modus, also durch Freigabe der Abstimmung treffen wollen.
2266 Wir streben diese Abstimmung aktiv an, um eine Dauerdebatte zu
2267 beenden.

2268 **II. Kinder und Jugendliche unterstützen**

2269 *Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Sie bedürfen der*
2270 *besonderen Aufmerksamkeit und des Schutzes von Politik und*
2271 *Gesellschaft. Wir sehen die Jugendpolitik als Schnittstelle zu*
2272 *unterschiedlichen Bereichen wie Bildung und Ausbildung,*
2273 *Jugendschutz, Medien und Kultur sowie außerschulischen Betreuungs-*
2274 *und Fürsorgeleistungen.*

2275 **Gerechte Bildungschancen**

2276 Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Deutschland gleiche
2277 Bildungschancen garantieren. Unsere Schulsysteme müssen ihnen den
2278 Raum zur Selbstverwirklichung geben, um ihre persönlichen
2279 Fertigkeiten, Interessen und Stärken auszubilden und sie auf das
2280 Berufsleben optimal vorbereiten.

2281 **Heimatnahe Ausbildung- und Arbeitsplätze**

2282 Wir wollen, dass Jugendliche in ihrer Heimat ihr Lebensglück
2283 finden können und nicht unbedingt gezwungen sind, sie für
2284 Ausbildung und Arbeitsplatz zu verlassen. Deshalb setzen wir uns
2285 für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein.

2286 **Jugend- und Vereinsarbeit fördern**

2287 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und benötigen die

2288 besondere Aufmerksamkeit und den Schutz von Politik und
2289 Gesellschaft. Für uns ist es wichtig, dass unsere heranwachsenden
2290 Generationen frühzeitig lernen, gesellschaftliche Verantwortung
2291 zu übernehmen und sich ehrenamtlich in das Gemeinwesen
2292 einzubringen. Wir wollen deshalb Jugendorganisationen besser
2293 fördern. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration und
2294 das soziale Miteinander. Uns ist wichtig, dass das Ehrenamt schon
2295 in der Jugend Akzeptanz und Anerkennung findet.

2296 **Kinder- und Jugendschutz stärken**

2297 Unsere Welt ist voller Gefahren für Kinder- und Jugendliche.
2298 Drogen, Alkohol und Extremismus verlangen politische Antworten.
2299 Wir wollen deshalb die Prävention durch Aufklärung in den Schulen
2300 stärken.

2301 **Medienkompetenz der Jugendlichen aufbauen**

2302 Wir wollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche Opfer der
2303 dunklen Seiten des Internets werden. Wir sind erschüttert darüber,
2304 wie massenhaft sich extremistische Inhalte über das Internet
2305 verbreiten und hierüber unsere Kinder sogar von terroristischen
2306 Organisationen umworben werden. Beispielsweise zeigen die
2307 Rekrutierungsstrategien des Islamischen Staats über das Internet,
2308 dass politisches Handeln dringend erforderlich ist. Wir wollen
2309 deshalb den Jugendschutzmedien-Staatsvertrag diesem neuen Problem
2310 entsprechend anpassen und die Jugendlichen besser aufklären.

2311 **Demokratie & Bürgertum**

2312 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2021:**

2313

2314 - **Volksentscheide auf Bundesebene**

2315 - **Politische Bildung stärken**

2316 - **Europa der Regionen voranbringen**

2317

2318 Wir sehen die Bürger im Mittelpunkt unserer Politik. Wir kümmern uns
2319 um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort und wollen für unser
2320 Land eine bessere Zukunft schaffen. Demokratie und Bürgertum sind für
2321 uns die Grundvoraussetzungen. Wir wollen eine mündige und politische
2322 Bürgergesellschaft, in der Konflikte in der demokratischen Arena
2323 ausgetragen werden und am Ende tragfähige Kompromisse gefunden werden.
2324 Allerdings müssen wir feststellen, dass das Vertrauen in unsere
2325 Demokratie zunehmend schwindet. Über die Medien verbreiten sich
2326 Verschwörungstheorien, Pseudowissenschaft, Unwahrheiten und
2327 extremistisches Gedankengut. Auf der anderen Seite wird der
2328 Qualitätsjournalismus als „Lügenpresse“ verunglimpft, Fakten verlieren
2329 an Bedeutung und nur noch Gefühlsregungen bestimmen die persönliche
2330 politische Verortung.

2331 Einfache Antworten auf komplexe Fragen sind beliebt, echte Lösungen
2332 haben es schwer, Gehör zu finden. Die bisher regierenden Parteien haben
2333 hier in den letzten Jahren viel Glaubwürdigkeit verspielt und an den
2334 Bürgern vorbeiregiert. Wir als FREIE WÄHLER kommen aus der
2335 Kommunalpolitik und nehmen uns seit jeher den wirklichen Problemen der
2336 Bürger an. Wir sind unabhängig, weil wir keine Großspenden annehmen.
2337 Wir stehen für eine Politik der politischen Mitte, die den Bürger wieder
2338 ernst nimmt.

2339 **I. Mehr Demokratie**

2340 *Die Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir*
2341 *stehen daher für den Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten für*

2342 *die Bürger in der Politik. Sie lebt von dem Engagement und der*
2343 *Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Wir sind überzeugt, dass mehr*
2344 *direkte Demokratie zu besseren politischen Entscheidungen und zu*
2345 *einer nachhaltigen Reduzierung der Politikverdrossenheit in*
2346 *Deutschland führt.*

2347 **Parlamente stärken**

2348 Wir wollen, dass die internationale Politik nicht alleine
2349 Angelegenheit der Regierung ist. Die Parlamente, vertreten durch
2350 ihre Parlamentspräsidenten, müssen bei internationalen
2351 Verhandlungen nicht nur eingebunden werden, sondern die
2352 Stoßrichtung und Inhalte bestimmen. Die Parlamente und nicht die
2353 Regierungen müssen künftig Verhandlungsmandate erteilen. Damit
2354 erhalten internationale Verhandlungen, etwa auch die über die
2355 geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP, mehr demokratische
2356 Legitimation und Transparenz.

2357 **Volksentscheide auf Bundesebene**

2358 Wir wollen, dass endlich Volksentscheide auf Bundesebene zu
2359 wichtigen Fragen eingeführt werden. Die großen Versprechen der
2360 bisher regierenden Parteien wurden bis heute nicht eingelöst. Es
2361 muss auch möglich sein, dass die Bürger Themen auf die politische
2362 Agenda setzen können: Über bundesweite Volksbegehren müssen
2363 Volksabstimmungen eingeleitet werden können.

2364 **Direktwahl des Bundespräsidenten**

2365 Wir wollen, dass das Volk sein Staatsoberhaupt künftig selbständig
2366 wählen kann. Der höchste Vertreter unseres Landes muss direkt von
2367 den Bürgern bestimmt werden und darf nicht das Ergebnis von
2368 Hinterzimmer-Verhandlungen sein. Ein solcher Bundespräsident, der
2369 das Vertrauen der Wählermehrheit genießt, kann auch als moralische
2370 Instanz das politische Tagesgeschäft der Regierung unabhängig
2371 kommentieren, wenn es hier offensichtliche Fehlentwicklungen gibt.

2372 **Lobbyregister auf Bundesebene**

2373 In Deutschland wurde bis heute kein Lobbyregister eingeführt, das
2374 Verbände, Unternehmen, freiberufliche Lobbyisten, Lobbyagenturen
2375 und Lobbykanzleien erfasst. Wir wollen deshalb ein solches
2376 Register einführen, um Informationen über Budgets, Kunden, Themen
2377 und Namen der Interessenvertreter transparent für die
2378 Öffentlichkeit aufzulisten.

2379 **Neue Formen der Öffentlichkeitsbeteiligungen**

2380 Der Widerstand der Bürger bei Bauvorhaben, insbesondere bei
2381 Großprojekten, nimmt zu. Wir wollen deshalb neue und moderne Formen
2382 der Öffentlichkeitsbeteiligung in die Planungsverfahren aufnehmen,
2383 um die Bürger besser zu informieren und ihre Anliegen in geregelte
2384 Bahnen zu lenken. Damit sollen ihre Interessen eine bessere
2385 Berücksichtigung finden.

2386 **Elektronische Demokratie**

2387 Das Internet bietet neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und
2388 Transparenz sowie eine bequemere Abwicklung politischer und
2389 administrativer Abläufe. Wir sehen in „E-Government“ eine große
2390 Chance, direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu
2391 etablieren und Verwaltungsabläufe zwischen Staat und Bürger
2392 sowie unter Behörden einfacher und nachvollziehbarer zu gestalten.
2393 Beteiligung, Information und transparente Verwaltungsabläufe
2394 sind Voraussetzungen dafür, dass die Bürger verantwortlich
2395 mitgestalten können und die Akzeptanz von politischen
2396 Entscheidungen erhöht wird. Das E-Government-Gesetz des Bundes
2397 kann hier nur ein Anfang sein. Es öffnet zwar den Weg für eine
2398 digitale Verwaltung, begreift das Internet aber noch nicht als
2399 Medium der Bürgerbeteiligung.

2400 **Online-Bürgerausschuss**

2401 Wir wollen einen Online-Bürgerausschuss einrichten. Hier sollen
2402 die Bürger die Möglichkeit haben, an bundesweiten Konsultationen

2403 zu Gesetzesvorhaben teilzunehmen. Dies ist schon längst auf
2404 europäischer Ebene üblich.

2405 **Beitritt zur Open Government Partnership mit Leben füllen**

2406 Wir wollen, dass Deutschland nach dem zögerlichen Beitritt zur
2407 internationalen Open Government Partnership (OGP) seine dortige
2408 Mitgliedschaft mit Leben füllt. Die OGP propagiert offenes
2409 Regierungshandeln und bietet ein internationales Forum, um sich
2410 über Erfahrungen und erfolgreiche Politikinstrumente in diesem
2411 Bereich auszutauschen. Es geht um Zusammenarbeit im Bereich
2412 Transparenz, Bürgerbeteiligung, Korruptionsbekämpfung und
2413 Rechenschaftslegung.

2414 **Politische Bildung stärken**

2415 Für eine lebendige Demokratie braucht es umfassende politische
2416 Bildung. Die Bürger müssen über die Hintergründe und die
2417 Funktionsweise unseres Staats ebenso Bescheid wissen wie über die
2418 zentralen politischen Herausforderungen unseres Landes. Wir wollen
2419 deshalb die Bundeszentrale für politische Bildung deutlich
2420 stärken. Wir halten es aber gleichsam für erforderlich, die
2421 politische Bildung in den Lehrplänen der 16 Bundesländer
2422 aufzuwerten und praktische Unterrichtseinheiten einen höheren
2423 Stellenwert einzuräumen.

2424 **II. Europa reformieren**

2425 *Wir FREIEN WÄHLER bekennen uns ausdrücklich zu unserem*
2426 *Friedenswerk Europa, das uns Freiheit, Wohlstand, Mobilität und*
2427 *Raum zu Selbstverwirklichung bietet. Die Globalisierung und*
2428 *globale Aufgabenstellungen der Politik erfordern Lösungen, die wir*
2429 *heute unter keinen Umständen mehr national lösen können.*

2430 *Für das Meistern zentraler Zukunftsfragen wie die Klima- und*
2431 *Handelspolitik brauchen wir einen starken europäischen*

2432 *Ordnungsrahmen. Doch diesen müssen wir durch starke und sich*
2433 *weitgehend selbstverwaltende Regionen und Kommunen flankieren. Nur*
2434 *durch eine ausgewogene Aufgabenverteilung zwischen Gemeinde,*
2435 *Region, Nation und Europa können der Mehrwert und die Akzeptanz*
2436 *Europas erhöht werden.*

2437 *Die EU stellt viele politische Weichen, ohne dass die Bürger*
2438 *eingebunden werden und nachvollziehen können, wie und weshalb*
2439 *Entscheidungen zu Stande kommen. Das müssen wir ändern. Europa*
2440 *darf aber auch nicht länger ein entferntes und wenig greifbares*
2441 *Projekt der Eliten und Lobbyisten sein. Wir setzen andere*
2442 *Schwerpunkte: Durch mehr gelebte Demokratie und Transparenz, aber*
2443 *auch eine Selbstbeschränkung auf die wesentlichen Aufgaben, wollen*
2444 *wir wieder einen gesellschaftlichen Konsens über Europa*
2445 *herstellen. Die Bürger müssen bei wichtigen europapolitischen*
2446 *Fragen mitentscheiden können.*

2447 **Legitimation der EU erhöhen**

2448 *Das Europaparlament muss als direkt gewählte europäische*
2449 *Volksvertretung gestärkt werden. Es muss Mitentscheidungsrechte*
2450 *in politischen Schlüsselbereichen wie Fragen der gemeinsamen*
2451 *Währung, des Euratom-Vertrags sowie der Beratung und*
2452 *Mitverhandlung internationaler Abkommen der EU wie CETA und TTIP*
2453 *erhalten. Außerdem braucht es ein Initiativrecht für EU-Gesetze.*
2454 *Auch muss die Europäische Bürgerinitiative durch mehr*
2455 *Verbindlichkeit gestärkt werden.*

2456 **Transparenz in der EU schaffen**

2457 *Politische Entscheidungen müssen für die Bürger nachvollziehbarer*
2458 *gemacht werden. Europäisches Recht muss hierfür vereinfacht*
2459 *werden. Alle Veröffentlichungen der EU-Institutionen sowie*
2460 *Drucksachen und Antragsformulare für EU-Fördergelder müssen auch*
2461 *in deutscher Sprache verfügbar sein. So wollen wir die Akzeptanz*
2462 *bei den Bürgern steigern.*

2463 **Deutsche Sprache in Europa stärken**

2464 Deutsch ist die meist gesprochene Muttersprache in Europa. Wir
2465 wollen deshalb unsere Sprache fördern, um sie gleichberechtigt als
2466 Arbeitssprache in Europa neben Englisch und Französisch zu
2467 etablieren.

2468 **Klare Führungsstruktur in Europa**

2469 Den Bürgern ist kaum nachvollziehbar, wer in Europa welche Funktion
2470 hat. Die Machtverhältnisse sind hier ohnehin nicht vollständig
2471 klar. Der Kommissionspräsident, die Hohe Repräsentantin für Außen-
2472 und Sicherheitspolitik, der Euro-Gruppenchef, der
2473 Ministerratspräsident, der Präsident des Europäischen Rates: Zu
2474 viele parallel arbeitende Köpfe schaffen keine für die Demokratie
2475 wichtige Zuordnungsfähigkeit für politische Entscheidungen.

2476 **Klare Kompetenzregelungen**

2477 Häufig entstehen in Europa Unklarheiten und Streitigkeiten, weil
2478 die Aufgaben der EU und die der Mitgliedstaaten vielfach nicht
2479 klar getrennt sind. Das muss korrigiert werden, damit nicht
2480 triviale Zuständigkeitsfragen die Stabilität des Projekts Europa
2481 gefährden.

2482 **Verkleinerung der Europäischen Kommission**

2483 Auf 28 Kommissare sind die Aufgaben der Europäischen Kommission
2484 verteilt. Das ist höchst ineffizient und bläht den bürokratischen
2485 Apparat in Brüssel unnötig auf. Wir wollen die Kommission deshalb
2486 drastisch verkleinern: Zehn Kommissare müssen ausreichen, um
2487 Europa sinnvoll lenken zu können.

2488 **Subsidiarität**

2489 Wir FREIEN WÄHLER setzen uns auf allen Politikfeldern für das
2490 Prinzip der Subsidiarität ein, wonach Aufgaben vorrangig auf
2491 unterer Ebene wahrgenommen werden. Wichtige Entscheidungen für das
2492 Leben der Menschen vor Ort müssen auch dort entschieden werden:

2493 In den Regionen und Kommunen. Neben klaren
2494 Zuständigkeitsregelungen machen wir uns daher auch für eine
2495 verstärkte Prüfung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei
2496 allen Entscheidungen über EU-Gesetze stark.

2497 **Europa der Regionen**

2498 Wir stehen zu Europa und wollen nicht zurück in den Nationalismus.
2499 Der Nationalstaat wird der heutigen Lebenswirklichkeit nur sehr
2500 begrenzt gerecht: Er ist zu klein, um die globalen Probleme alleine
2501 zu lösen. Er ist aber zu groß, um für die Bürger Heimat sein zu
2502 können. Deshalb fordern wir ein Europa der Regionen, in dem die
2503 Bundesländer und ihre Kommunen wesentliche Entscheidungen vor Ort
2504 selbst treffen können. Die im Vertrag von Lissabon
2505 festgeschriebene regionale und lokale Selbstverwaltung muss bei
2506 Gesetzesvorhaben der EU-Kommission gleichrangig Berücksichtigung
2507 finden.

2508 **Ausschuss der Regionen als dritte Kammer**

2509 Wir wollen die Vertretung der europäischen Regionen und Kommunen
2510 in Brüssel stärken: Der Ausschuss der Regionen hat bisher im
2511 Wesentlichen nur beratende Funktion. Wir wollen ihn zur
2512 gleichberechtigten dritten Kammer neben Ministerrat und
2513 Europaparlament weiterentwickeln. Unser erklärtes politisches Ziel
2514 ist es, diesem Gremium volle Mitentscheidungsrechte über EU-
2515 Gesetze zu geben.

2516 **EU-Erweiterungsstopp**

2517 Grundsätzlich sollte allen europäischen Ländern eine
2518 Beitrittsperspektive gegeben werden. Wir müssen aber in Folge der
2519 letzten Krisenjahre gegenwärtig die weitere Aufnahmefähigkeit der
2520 Union in Frage stellen. Wir wollen die Konsolidierung Europas nicht
2521 durch eine übereilte Aufnahme neuer Mitgliedstaaten gefährden.
2522 Deshalb sind wir vorübergehend für einen Stopp der Aufnahme
2523 weiterer Beitrittskandidaten.

2524 **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern**

2525 Europa ermöglicht zahlreiche grenzübergreifende Projekte, die ohne
2526 die Europäische Union nicht denkbar gewesen wären. Die Strategien
2527 für die Ostsee, den Donaauraum oder den Alpenraum bringen die Bürger
2528 derselben Region aber mit unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten
2529 zusammen, um gemeinsam Lösungen für ihre speziellen Probleme zu
2530 finden. Das wollen wir weiter fördern und ausbauen.

2531 **Region & Heimat**

2532 **Unsere wichtigsten Ziele bis 2021:**

2533

- 2534 - **Strukturschwache Regionen unterstützen**
- 2535 - **Bezahlbarer Wohnraum in Ballungszentren**
- 2536 - **Fracking verbieten**

2537

2538 Jeder Mensch braucht Heimat. Für jeden von uns meint dieser Begriff
2539 etwas Anderes, doch oft ist Heimat der Ort der Kindheit oder
2540 Jugend. Der Ort, an dem man Geborgenheit erfahren hat und Familie
2541 und Freunde leben. Heimat ist aber auch spezielles Brauchtum und
2542 Kultur oder eine vertraute landschaftliche Umgebung. Wir suchen
2543 nach unserer Herkunft und unseren Wurzeln. Heimat bietet in Zeiten
2544 der Globalisierung Schutz und Orientierung, Beständigkeit und
2545 Vertrautheit. Damit die Menschen ihr Lebensglück und Raum zur
2546 Selbstverwirklichung in ihrer Heimat finden können, wollen wir die
2547 hierfür notwendigen Grundlagen schaffen: Gleichwertige
2548 Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

2549 **I. Starke, selbstbestimmte Regionen und Kommunen**

2550 *Wir wollen die Stellung der Bundesländer sowie der Städte und*
2551 *Gemeinden stärken. Politische Verantwortung muss dort wahrgenommen*
2552 *werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen*
2553 *sind. Hierfür sind handlungsstarke Kommunen mit einer*
2554 *ausreichenden Finanzmittelausstattung und Planungssicherheit*
2555 *notwendig.*

2556 *Sie brauchen mehr Freiräume von Brüssel und Berlin, um wieder*
2557 *handlungsfähiger Politik für die Bürger in ihrer Heimat machen zu*
2558 *können. Kommunen nehmen zahlreiche Verwaltungsaufgaben von Bund*
2559 *und Ländern wahr. Sie sind die Ansprechpartner vor Ort. Zu ihnen*

2560 *haben die Bürger den engsten Kontakt.*

2561 **Strukturschwache Regionen unterstützen**

2562 Wir wollen starke und vitale Städte sowie handlungsfähige
2563 Gemeinden. Durch gezielte Struktur- und Ansiedlungspolitik wollen
2564 wir den nachholbedürftigen Regionen neue Zukunftsperspektiven
2565 geben. Schnelles Internet, Ausbau der Verkehrswege, der Erhalt von
2566 Regionalflughäfen sind ebenso in der Fläche erforderlich wie der
2567 Fortbestand der Behörden, wie etwa Gerichte in der Fläche. Den
2568 demographischen Wandel durch Wegzug in vielen Regionen wollen wir
2569 auf diese Weise abbremsen.

2570 **Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern**

2571 Wir wollen, dass möglichst viel Wertschöpfung und Kaufkraft in den
2572 Regionen gebunden werden. Durch den Kauf regionaler Waren und
2573 Dienstleistungen stärken wir unsere Heimat, sichern Arbeitsplätze
2574 vor Ort, verbessern die Steuerkraft der Gemeinden und schonen
2575 unsere Umwelt und das Klima. Wir wollen dieses Ziel durch eine
2576 regionalorientierte Wirtschaftspolitik erreichen.

2577 **„Einheimischenmodelle“ sichern**

2578 Der heimischen Bevölkerung vergünstigt Wohnraum anbieten zu
2579 können, ist in vielen Ballungsräumen wichtig. Der Zuzug treibt die
2580 Preise in die Höhe, sodass Baugrund für viele Einheimische ohne
2581 solche Modelle zu teuer wird. Die EU stellt diese aber nach wie
2582 vor in Frage, so dass wir uns im Sinne der Kommunen für die
2583 Einheimischenmodelle stark machen werden.

2584 **Bezahlbarer Wohnraum in Ballungsgebieten**

2585 Wir wollen, dass es auch in immer teurer werdenden Ballungsräumen
2586 den älteren Menschen, Geringverdienern und Familien möglich ist,
2587 in ihrer vertrauten Umgebung zu wohnen. Deshalb setzen wir uns
2588 dafür ein, dass wieder mehr Wohnraum, insbesondere durch sozialen
2589 Wohnungsbau, geschaffen wird, um auch das Leben in den großen

2590 Städten wieder für die Menschen bezahlbar zu machen. Wir wollen
2591 eine Wohnungsbauoffensive, um insbesondere in Zuzugsregionen das
2592 Mietpreisniveau zu senken. Dafür ist es dringend erforderlich,
2593 überzogene Bauvorschriften zurück zu nehmen und die Fördermittel
2594 für sozialen Wohnungsbau aufzustoßen.

2595 **Wohnraum für Studierende**

2596 Wir wollen jungen Menschen während ihres Studiums die Sorgen der
2597 Finanzierung ihrer Ausbildung nehmen. Gerade in Ballungsräumen
2598 befinden sich die großen Universitäten und Hochschulen und genau
2599 hier sind die Mieten hoch. Hier wollen wir durch die gezielte
2600 Förderung von studentischem Wohnraum für Entlastung sorgen.

2601 **Sozialen Brennpunkten vorbeugen**

2602 Wir wollen der Bildung sozialer Brennpunkte und einer Spaltung
2603 unserer Gesellschaft in soziale oder ethnische Gruppen mit einer
2604 gezielten Einbindung aller Bürger entgegenwirken. Stadtplanung,
2605 gute Bildungspolitik und unterstützende Sozialarbeit gilt es zu
2606 fördern.

2607 **Ortskernsterben eindämmen**

2608 Wir wollen unsere Städte und Gemeinden in ganz Deutschland
2609 lebenswert erhalten und weitergestalten. Das Ausbluten der
2610 Innenstädte muss verhindert werden. Daher brauchen wir mehr
2611 Investitionen im Bereich der Städtebauförderung und der
2612 Dorferneuerung.

2613 **Gesundheitsversorgung auf dem Land sichern**

2614 Wir wollen eine wohnortnahe, flächendeckende Versorgung mit
2615 freiberuflichen Haus- und Fachärzten sowie mit inhabergeführten
2616 Apotheken. Auch wollen wir sicherstellen, dass leistungsstarke
2617 Not- und Rettungsdienste sowie Krankenhäuser in erreichbarer
2618 Entfernung auch auf dem Land verfügbar sind.

2619 **Erhalt wohnortnaher Schulen und Kindergärten**

2620 Für Familien ist die Verfügbarkeit von Schulen und Kindergärten
2621 eine wichtige Voraussetzung, um ihre Zukunft in den ländlichen
2622 Räumen zu planen. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass
2623 wohnortnahe Schulen und Kindergärten flächendeckend verfügbar
2624 bleiben.

2625 **Sicherheit in Stadt und Land herstellen**

2626 Das persönliche Sicherheitsgefühl der Bürger muss in Folge
2627 steigender Einbruchskriminalität und der Zunahme der Straftaten
2628 wiederhergestellt werden. Wir wollen deshalb mehr Investitionen
2629 in Polizeipersonal und Sachmittel, um die Polizeipräsenz und die
2630 Aufklärungskapazitäten von Straftaten zu erhöhen.

2631 **Daseinsvorsorge wie Trinkwasser in öffentlicher Hand**

2632 Wir wollen, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in
2633 öffentlicher Hand bleiben. Trinkwasser, Abwasser, Strom, Gas,
2634 Müllentsorgung und viele weitere grundlegenden Dienste sind
2635 lebensnotwendig und dürfen nicht zum unkontrollierbaren
2636 Geschäftsmodell Privater werden.

2637 **Finanzlage der Kommunen verbessern**

2638 Die Finanzsituation vieler deutscher Städte ist nach wie vor
2639 angespannt. Auf rund drei Milliarden Euro beläuft sich das
2640 Finanzierungsdefizit. Wir fordern deshalb, dass die Länder, die
2641 mit dem Bund vereinbarte jährliche Integrationspauschale an die
2642 Kommunen als Verantwortliche der Integration vor Ort weiterleiten.
2643 Auch die Ländermilliarde, die im Rahmen der Fünf-
2644 Milliardenentlastung der Kommunen ab dem Jahr 2018 vorgesehen ist,
2645 muss vollumfänglich an die kommunale Ebene durchgeleitet werden.

2646 **Gerechte Aufteilung der Sozialkosten**

2647 Wir wollen, dass die Sozialkosten von Bund und Land getragen
2648 werden. Beide Ebenen dürfen keine Normen setzen, die die Kommunen

2649 zu höheren Ausgaben zwingen, ohne dass diese angemessen ersetzt
2650 werden.

2651 **Vollständige Kostenübernahme für Flüchtlinge durch den Bund**

2652 Wir wollen, dass der Bund vollständig für die Kosten aufkommt, die
2653 die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land verursacht hat.
2654 Länder und Kommunen dürfen nicht die Leidtragenden der politischen
2655 Entscheidungen der Bundesregierung sein.

2656 **Kommunen nach Bundeswehrreform helfen**

2657 Die letzte beschlossene Bundeswehrreform hat die Schließung oder
2658 zumindest die Verkleinerung zahlreicher Standorte zur Folge. Damit
2659 stirbt vielen Kommunen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor weg. Wir
2660 wollen deshalb, dass die Folgen dieser Reform für die betroffenen
2661 Bürger vor Ort abgemildert werden. Dies muss über ambitionierte
2662 Konversions- und Infrastrukturprogramme sowie den Verkauf der
2663 Liegenschaften an die betroffenen Städte und Gemeinden zum
2664 Vorzugspreis erfolgen. Dasselbe gilt für den Abzug der US- und der
2665 britischen Rheinarmee. Die zuständige Bundesanstalt für
2666 Immobilienaufgaben (BImA) muss in die Lage versetzt werden, den
2667 Kommunen die Liegenschaften für einen symbolischen Euro anbieten
2668 zu können.

2669 **Flächendeckendes Schwimmbad-Angebot**

2670 Vielen Städten und Gemeinden ist es aufgrund ihrer finanziellen
2671 Situation nicht länger möglich, Schwimmbäder zu unterhalten. Aber
2672 gerade für das Schwimmenlernen und die Freizeitgestaltung ist
2673 diese Infrastruktur wichtig. Wir wollen deshalb finanzielle
2674 Anreize schaffen, um eine flächendeckende Schwimmbadversorgung
2675 sicherzustellen.

2676 **Attraktiver Öffentlicher Personennahverkehr in Stadt und Kreisen**

2677 Wir wollen einen starken öffentlichen Personennahverkehr in Stadt
2678 und vor allem auf dem Land. Er gewährleistet eine umweltfreundliche

2679 Mobilität in unserer Heimat und erhöht damit die Lebensqualität
2680 der Bürger.

2681 **Car-Sharing in Ballungszentren fördern**

2682 Wo Parkraum knapp und Pendelverkehr groß ist, wollen wir beste
2683 Rahmenbedingungen für neue Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing
2684 schaffen. Damit wird nicht nur unsere Infrastruktur entlastet,
2685 sondern wir wollen damit auch die Mobilität der Bürger erhöhen,
2686 die sich keinen eigenen PKW zulegen wollen oder können.

2687 **Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen**

2688 Deutschland hinkt beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für
2689 Elektrofahrzeuge weit zurück. Der Umstieg auf emissionsfreie
2690 Mobilität wird aufgrund der begrenzten Reichweite erschwert. Doch
2691 gerade in Ballungsgebieten kann das emissionsfreie Fahren auf
2692 kurzen Distanzen höchst attraktiv werden. Wichtig ist deshalb ein
2693 rascher Aufbau der Schnellladeinfrastruktur, um E-Autos überall
2694 in einer zumutbaren Zeit wieder einsatzfähig machen zu können.

2695 **II. Schöpfung bewahren – Klima- und Umweltschutz**

2696 *Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und*
2697 *verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens-*
2698 *und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige*
2699 *Generationen. Wir wollen die Schöpfung bewahren und die*
2700 *natürlichen Lebensgrundlagen unserer Heimat schützen. Wir sind uns*
2701 *unserer Verantwortung für unsere nachfolgenden Generationen*
2702 *bewusst. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der Bürger vor Ort*
2703 *und muss bis in die internationale Politik hinein verfolgt werden.*
2704 *Der Klimawandel kann zur ernsthaften Bedrohung für unsere*
2705 *nachfolgenden Generationen werden. Wenn schon die*
2706 *Versicherungsbranche Alarm schlägt und vor neuen*
2707 *Schadenssituationen durch das sich verändernde Klima spricht,*

2708 *müssen wir das Thema sehr ernst nehmen. Wir brauchen Antworten*
2709 *auf Überschwemmungen, Verwüstung, Dürre, Wasserressourcen,*
2710 *Stürme, Starkregen und eine sich verändernde Flora und Fauna.*

2711 **Pariser Klimaabkommen umsetzen**

2712 Wir begrüßen das Pariser Klimaabkommen und wollen eine
2713 ambitionierte Umsetzung der vereinbarten Ziele in unserem Land.
2714 Wir brauchen in diesem Bereich auch eine starke und
2715 handlungsfähige Europäische Union, in der 28 Industriestaaten
2716 gemeinsam einen großen Teil der bevorstehenden Herausforderungen
2717 in Angriff nehmen können.

2718 **Fracking verbieten**

2719 Die Gefahren und Risiken bei der Förderung fossiler Energien im
2720 tiefen Untergrund sind noch nicht abzuschätzen. Seismische
2721 Aktivitäten könnten ausgelöst werden und ein Raubbau an unserer
2722 heimatlichen Natur erfolgen, den wir nicht wollen. Zudem ist es
2723 fraglich, inwieweit diese Methode überhaupt volkswirtschaftlich
2724 rentabel erscheint. Die Energiewende und die deutschen Klimaziele
2725 sprechen zudem dagegen, in die Förderung fossiler Energieträger
2726 zu investieren. Fracking lehnen wir daher ab.

2727 **Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung**

2728 Jede nicht produzierte Kilowattstunde Strom ist die günstigste
2729 und ökologisch nachhaltigste. Die Steigerung der Energieeffizienz
2730 von beispielsweise Elektrogeräten ist zudem nicht nur ein
2731 Innovationsmotor, der Arbeitsplätze sichert, sondern kann auch den
2732 Bürgern bares Geld sparen. Wir treten dafür ein, dass
2733 Entscheidungen über Mindesteffizienzanforderungen aber nicht
2734 hinter verschlossenen Türen, sondern offen und transparent
2735 getroffen werden müssen. Über- und Doppelregulierungen wollen wir
2736 vermeiden.

2737

2738 **Mehr Forschung und Entwicklung bei erneuerbaren Energien**

2739 Wir wollen im Bereich der erneuerbaren Energien mehr Investitionen
2740 in Forschung und Entwicklung. Insbesondere das Feld der
2741 Speichertechnologie muss ambitioniert unterstützt werden. Zum
2742 Beispiel sind Batteriespeicher und die Methanisierung des
2743 überschüssigen Stroms (Power-to-Gas) Voraussetzungen für deren
2744 Grundlastfähigkeit.

2745 **Elektromobilität ernsthaft voranbringen**

2746 Der Straßenverkehr hat einen großen Anteil an den CO₂-Emissionen
2747 in Deutschland. Elektromobilität könnte mit der starken deutschen
2748 Automobilindustrie hier rasch Abhilfe im Privatverkehr schaffen.
2749 Doch Deutschland hinkt im internationalen Vergleich hinterher.
2750 Die selbstgesetzten Ziele der Großen Koalition, Leitmarkt und
2751 Leitanbieter für Elektromobilität zu werden und dabei bis 2020
2752 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen, drohen
2753 drastisch verfehlt zu werden. Wir wollen daher die Anstrengungen
2754 in Forschung und Entwicklung massiv erhöhen.

2755 **Steuerzahler vor Folgekosten der Atomenergie schützen**

2756 Wir wollen, dass das Verursacherprinzip bei der Atomenergie
2757 vollständig Anwendung findet. Energiekonzerne dürfen nicht von den
2758 Folgekosten der Atomenergie entlastet werden. Wir stellen uns
2759 Versuchen entgegen, wonach künftig der Steuerzahler mit den
2760 Risiken und einer späteren Haftung belastet wird.

2761 **Dezentralen Hochwasserschutz voranbringen**

2762 Starkregenereignisse haben in den vergangenen Jahren bundesweit
2763 enorme Schäden verursacht. Deshalb wollen wir effektive Maßnahmen
2764 für den Hochwasserschutz ergreifen, wobei den Kommunen eine
2765 Schlüsselrolle bei der Umsetzung zukommt. Dies muss vom Bund besser
2766 unterstützt werden. Insbesondere durch die Förderung des Baus von
2767 Wasserrückhalteeinrichtungen und Wasserrückhalt in der Fläche.

2768 **Erhalt der heimischen Natur und Artenvielfalt**

2769 Wir wollen unsere heimischen Tier- und Pflanzenarten schützen.
2770 Insbesondere nicht-heimische Arten können rasch zur Gefahr für
2771 unser Ökosystem werden. Das zu verhindern ist unser Auftrag, um
2772 unsere heimischen Natur- und Kulturräume zu erhalten und
2773 nachhaltig zu entwickeln.

2774 **Flächenverbrauch reduzieren**

2775 Unsere Flächen sind begrenzt. Wir müssen verantwortungsbewusst mit
2776 dem weiteren Verbrauch und der Inanspruchnahme von Flächen für die
2777 Verkehrs- und Siedlungspolitik umgehen, um unseren nachfolgenden
2778 Generationen Natur und Lebensqualität weitergeben zu können und
2779 ihnen selbst noch Planungsspielräume zu überlassen.

2780 **III. Kultur und Medienvielfalt fördern**

2781 *Wir wollen Kunst und Kultur pflegen und fördern, damit Tradition
2782 und Brauchtum bewahren und die geistigen Werte unserer Heimat
2783 für nachfolgende Generationen sichern. Dazu zählen der Erhalt
2784 und die Pflege von Baudenkmalern wie Schlösser und Burgen, Museen
2785 und Galerien, Schau- und Lichtspielhäuser, Orchester und
2786 Musikvereine sowie Bibliotheken und Archive.*

2787 *Eine bunte Medienlandschaft garantiert Meinungsvielfalt. Der
2788 Erhalt von lokalen Fernseh- und Radiosendern sowie Zeitungen ist
2789 von entscheidender Bedeutung für alle Regionen. Sie sind die
2790 Berichterstatter des lokalen und regionalen Geschehens in Politik,
2791 Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Sport. Sie stoßen beim Bürger
2792 vor Ort auf hohe Akzeptanz und stärken die Identifikation der
2793 Bewohner mit ihrer Region und ihrer Heimat.*

2794 **Kultur- und Kreativwirtschaft fördern**

2795 Den Kommunen kommt eine tragende Rolle zu. Sie sind gefordert,
2796 Kunst und Kultur vor Ort bei den Bürgern zu fördern. Kulturelle

2797 Identität ist schließlich auch die Voraussetzung dafür, dass
2798 Bürger aktiv und kritisch am gesellschaftlichen, politischen und
2799 wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Eine wesentliche Voraussetzung
2800 ist hierfür eine florierende Kultur- und Kreativwirtschaft. Neben
2801 der Förderung neuer Geschäftsmodelle bedarf es dabei
2802 unterstützenden Maßnahmen im Bereich der Kompetenzentwicklung,
2803 Kapitalbeschaffung und Erschließung neuer Märkte.

2804 **Reform der Kulturförderung**

2805 Wir wollen mehr Transparenz in der bundesweiten Kulturförderung
2806 erreichen. Die Fülle der Förderinstrumente ist unüberschaubar.

2807 **Kulturelles Erbe der deutschen Heimatvertriebenen schützen**

2808 Wir wollen gemeinsam mit den Vertriebenenverbänden ihr großes
2809 Kulturerbe aus den Ost- und Siedlungsgebieten erhalten und weiter
2810 fördern. Es ist Teil unserer Kultur und bedarf stärkerer
2811 Unterstützung. Wir wollen deshalb eine angemessene
2812 Finanzausstattung für die Vertriebenenarbeit sicherstellen und
2813 allen Landsmannschaften die Möglichkeit geben, ihre kulturellen
2814 Schätze angemessen aufzubewahren und auch der Öffentlichkeit durch
2815 Ausstellungen und Museen zugänglich zu machen.

2816 **Stärkung der Heimatkunde in den Lehrplänen**

2817 Wir wollen die Geschichte und Traditionen der deutschen Regionen
2818 auch im Unterricht pflegen. Kenntnis und Gebrauch einheimischer
2819 Mundarten gehören für uns gleichfalls dazu.

2820 **Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

2821 Wir stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er gewährleistet
2822 eine flächendeckende Berichterstattung und bietet Raum für
2823 verschiedene Werte, Meinungen, Ansichten und Lebenseinstellungen.
2824 Versuche der politischen Einflussnahme haben ihm in den letzten
2825 Jahren sehr geschadet. Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen,
2826 seine Unabhängigkeit sicherzustellen.

2827 **Mehr Transparenz bei Rundfunkbeiträgen**

2828 Wir wollen die Akzeptanz der Gebühren für den unabhängigen
2829 öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhöhen. Daher halten wir es für
2830 notwendig, dass in jährlichen Transparenzberichten dargelegt wird,
2831 wofür die Beiträge verwendet wurden und inwieweit dies
2832 kostensparend geschah.

2833 **Stärkung privater regionaler Radio- und Fernsehsender**

2834 Wir wollen das heimatbezogene Medienangebot deutschlandweit
2835 verbessern. Private Regionalsender sind für das
2836 Informationsangebot der Bürger vor Ort sehr wichtig. Gleichzeitig
2837 stehen sie aber im Wettbewerb mit den großen Sendern. Wir wollen
2838 sie deshalb beispielsweise durch Unterstützung bei der HD-
2839 Umstellung fördern.

2840 **Printmedien-Vielfalt erhalten**

2841 Wir wollen, dass Zeitungen und Zeitschriften als Kulturgut in
2842 unserer Gesellschaft Zukunft haben. Die Vielfalt der Angebote muss
2843 im Sinne unserer vielfältigen Gesellschaft erhalten bleiben.
2844 Häufig sind diese Druckerzeugnisse die einzige Informationsquelle
2845 der Bürger und sorgen gerade in der Fläche auf lokaler und
2846 regionaler Ebene für die notwendige Berichterstattung. Wir wollen
2847 deshalb gemeinsam mit den Verlagen wieder das Bewusstsein für die
2848 Bedeutung der Printmedien schärfen.

2849 **Büchervielfalt erhalten**

2850 Wir stehen zur Buchpreisbindung und den verminderten
2851 Mehrwertsteuersatz für Bücher. Uns ist es wichtig, dass die
2852 Vielfalt der Literatur als Bestandteil unserer Kultur fortbesteht.

2853 **Kulturgut der Computerspiele fördern**

2854 Computerspiele sind aus unserem heutigen Leben nicht mehr
2855 wegzudenken. Vor allem für die jüngeren Generationen sind sie
2856 fester Bestandteil ihrer Freizeitgestaltung geworden. Die kreative

- ENTWURF BMV 18/03/2017 -

2857 Leistung, die dahinter steckt, ist damit schon längst Teil unseres
2858 heutigen Kulturguts geworden. Wir wollen deshalb auch diesen
2859 Bereich, insbesondere pädagogisch hochwertige Spiele, fördern und
2860 lehnen eine Verbotspolitik in diesem Bereich ab. Gleichwohl wollen
2861 wir einen wirksamen Jugendmedienschutz, damit unsere Kinder und
2862 Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten geschützt werden.